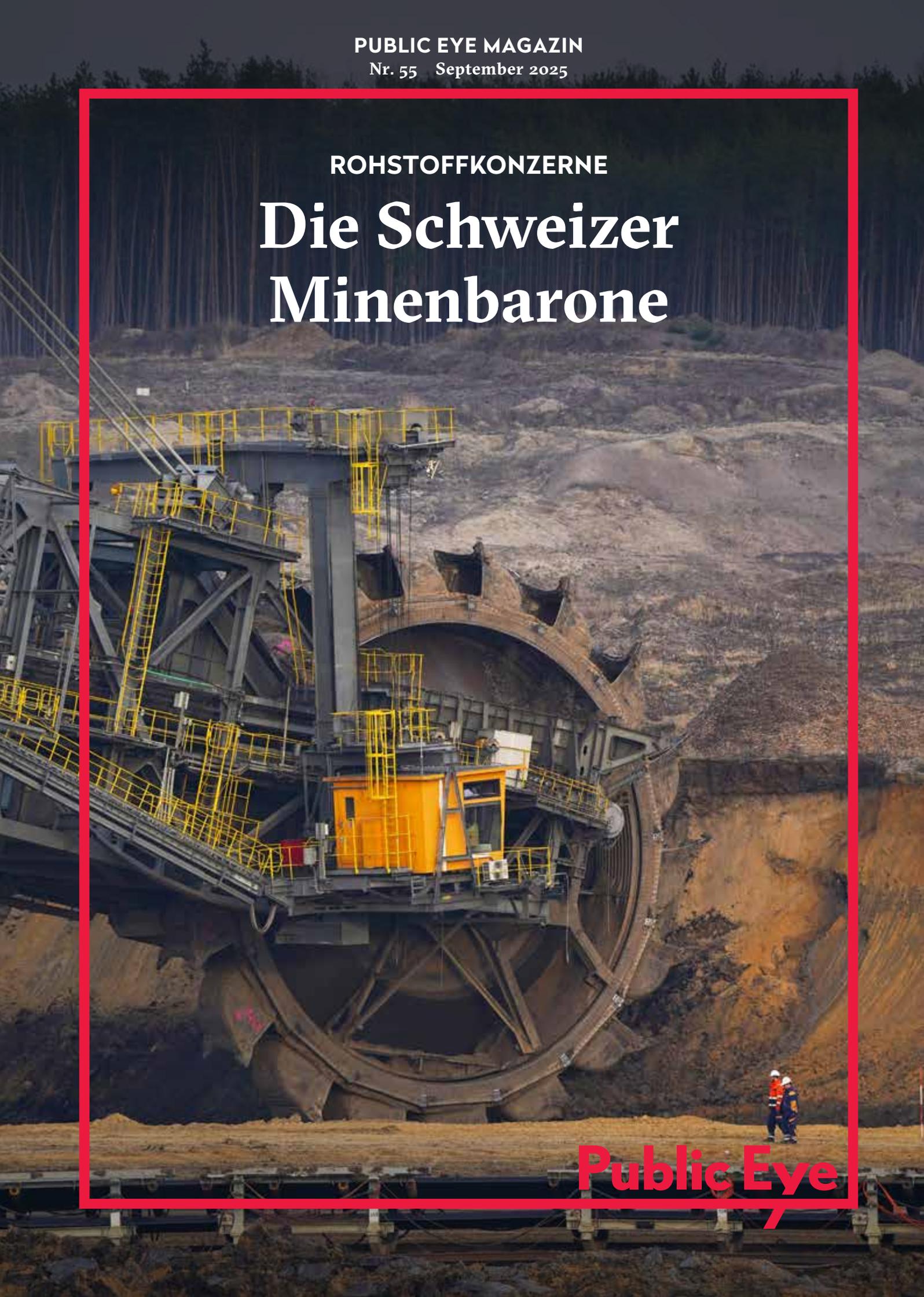


PUBLIC EYE MAGAZIN

Nr. 55 September 2025

ROHSTOFFKONZERNE

Die Schweizer Minenbarone



Public Eye

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender*innen möglich.

Sie sind bereits Mitglied?

Herzlichen Dank!

Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken.

publiceye.ch/geschenkabo

Sie sind noch nicht Mitglied?

Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin.

publiceye.ch/mitglieder

Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen?

Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo.

publiceye.ch/schnuppern

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

REDAKTION & PRODUKTION

Romeo Regenass (D) und
Karine Pfenniger (F)

LAYOUT & INFOGRAFIK

opak.cc

COVER

© Sean Gallup/Getty Images

DRUCK

Stämpfli Kommunikation, Bern
Rebello & PerlenValue, FSC

AUFLAGE

D: 27 100 Ex. / F: 9900 Ex.

ISSN

2504-1266

KONTAKT

Public Eye
Dienerstrasse 12
Postfach, 8021 Zürich

Tel. +41 (0)44 2 777 999

kontakt@publiceye.ch
publiceye.ch

Das Public Eye Magazin erscheint sechs Mal pro Jahr in Deutsch und Französisch. Mitgliedschaft inklusive Abonnement 75 Franken pro Jahr.

SPENDENKONTO

IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4



Sprecht nicht mehr von Rohstoffhändlern!

Seit 2011 beschäftigt sich Public Eye mit der Welt der Rohstoffe. Wir haben Bestechungsfälle recherchiert, Kriegsgewinne aufgezeigt und neue Geschäftsmodelle beleuchtet, die Glencore, Trafigura und andere zu Bankiers des Kremles machen. Doch eines ist uns entgangen: Indem wir die Unternehmen als Rohstoffhändler bezeichneten, haben wir ihr eigenes Vokabular übernommen, mit dem sie uns glauben lassen wollten, dass sie lediglich Aufträge zum Kauf und Verkauf erteilen und Waren von A nach B bringen.

«Rohstoffhändler»: Das Wort taugt nicht mehr, um die Giganten zu beschreiben, die mittlerweile einen Grossteil der globalen Rohstoffströme besitzen, finanzieren und steuern. Durch vertikale Integration kontrollieren diese Händler, die sich gern bescheiden geben, mittlerweile einen grossen Teil der Wertschöpfungskette, und das auch in den Industrieländern. Und als ob das noch nicht genug wäre, zögern ihre Topmanager nicht, in die USA zu fliegen, um unsere Bundespräsidentin in ihren Gesprächen zu den hohen Einfuhrzöllen zu unterstützen. Jeder klassische Industrielle erlasst da vor Neid.

In diesem Magazin zeigen wir auf, dass der Schweizer Rohstoffsektor weltweit nicht weniger als 199 Minen besitzt. Dabei handelt es sich um Kupfer- und Kobaltminen, aber auch um Kohleminen, die sich über sechs Kontinente und sogar internationale Gewässer verteilen. Spielten die Konzerne bisher lediglich mit Angebot und Nachfrage, verfügen sie dank dem direkten Zugang heute über ganz andere Hebel. Mit eigenen Minen stellen sie ihre Versorgung sicher, schaffen aber auch die Möglichkeit, die Marktbedingungen zu diktieren.

Schon Marc Rich, das Urgestein der hiesigen Rohstoffhändler, hatte Anfang der 1990er-Jahre davon geträumt, die Preise von Rohstoffen zu beeinflussen. Heute schliesst der von ihm gegründete Zuger Konzern Glencore eine seiner Megaminen – und schon schiessen die weltweiten Zinkpreise in die Höhe. Und was soll man zur Genfer Trafigura sagen, die alle Minen und Hüttenwerke des belgischen Konzerns Nyrstar, seines ehemaligen Geschäftspartners, übernommen hat? Als hätten die Umzugsunternehmen der globalisierten Wirtschaft die Möbel behalten.

Huldigen wir also ihren vertikalen Imperien: Die Händler von gestern sind die Rohstoffbarone von heute.

Adrià Budry Carbó, Rechercheur und Reporter Rohstoffe



04 **Vom Rohstoffhändler zum Minenbaron: Glencore und Co. auf Expansionskurs**

Public Eye hat zum ersten Mal die Bergbauaktivitäten der Schweizer Rohstoffhändler kartografisch erfasst. Das Resultat: 25 Konzerne mit Sitz oder Handelssitz in der Schweiz besitzen fast 200 Minen auf sechs Kontinenten. Mehrere Standorte sind in Umweltkatastrophen verwickelt oder die Betreiber sind wegen Menschenrechtsverletzungen beschuldigt.

16 **Wie die Erdölförderung in Ecuador das Land verändert**

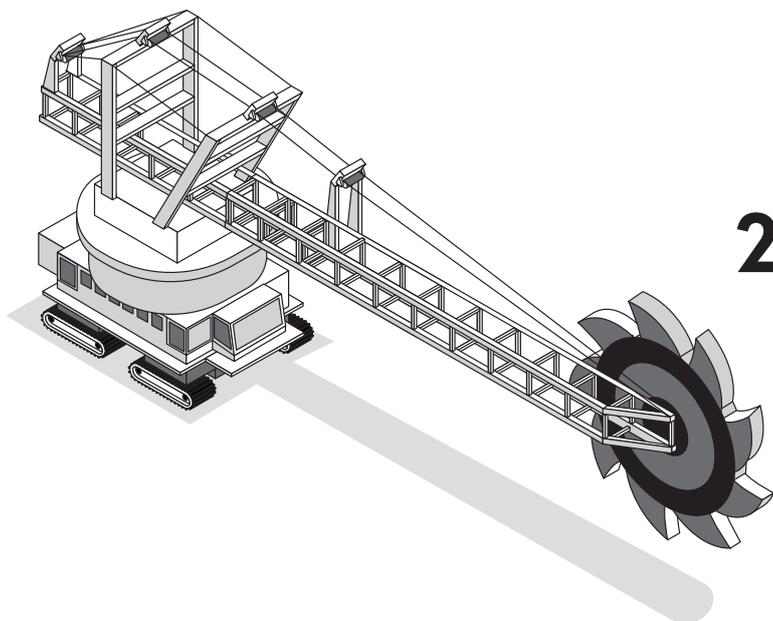
Anwalt Pablo Fajardo hat sich in Ecuador durch die Verteidigung von Gemeinden, die von der Umweltverschmutzung durch den Ölkonzern Chevron betroffen sind, einen Namen gemacht. Im Interview mit Public Eye prangert er den Abbau von Rohstoffen an, der die Institutionen untergräbt und sein Land, das von einer beispiellosen Welle der Gewalt heimgesucht wird, in die Armut treibt.

18 **Die EU exportiert immer mehr verbotene Pestizide**

Fünf Jahre nach einer ersten Studie enthüllen Public Eye und Uearthed, dass die EU im Jahr 2024 fast 122 000 Tonnen verbotene Pestizide exportiert hat. Dabei hatte die EU-Kommission versprochen, diese Praxis zu beenden. Der Grossteil dieser Gefahrenstoffe ist für Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen bestimmt. Der Basler Konzern Syngenta gehört zu den wichtigsten Exportunternehmen.

25 **Mit Ihrem Erbe Gutes tun: Das müssen Sie wissen**

Public Eye erhält immer wieder Legate und Erbschaften. Diese Zuwendungen sind für uns von grösstem Wert: Sie leisten einen nachhaltigen Beitrag an unsere Unabhängigkeit und unsere finanzielle Stabilität und ermöglichen unsere Recherchen und Kampagnen für eine gerechtere Welt. Auf zwei Seiten dieses Magazins erfahren Sie, worauf beim Erstellen eines Testaments generell zu achten ist.





Viele Schweizer Rohstoffhändler sind auch Minenbarone

Neben Glencore besitzen und betreiben heute zahlreiche weitere Schweizer Rohstoffhändler eigene Bergwerke. Public Eye hat diese knapp 200 Minen in einer umfassenden Pionierrecherche erstmals kartiert. Für den Handel in Zug, Genf und Lugano werden auf sechs Kontinenten Rohstoffe abgebaut: am häufigsten der Klimakiller Kohle, aber auch bei den für die Energiewende gefragten Transitionsmineralien wie Kupfer und Kobalt spielt die Schweiz zunehmend eine wichtige Rolle. Der daraus resultierenden sozialen und ökologischen Verantwortung wird der Rohstoffplatz aber nicht gerecht. Vertreibungen, Umweltzerstörung und tödliche Arbeitsunfälle sprechen da eine deutliche Sprache.

MANUEL ABEBE UND ADRIÀ BUDRY CARBÓ

Unter den Schweizer Rohstoffhändlern finden sich immer mehr Eigentümer industriell betriebener Bergwerke. Mit riesigen Gewinnen aus Krisenzeiten tätigen diese Minenbarone Investitionen in Milliardenhöhe und dringen systematisch in die Produktion von Kohle, Kupfer oder Kobalt vor. Durch diese vertikale Integration steigern sie ihre Profitmarge und ihren Einfluss auf die Rohstoffmärkte. Die Händler verwandeln sich in mächtige Rohstoffkonzerne, die vom Abbau bis zum Verkauf die gesamte Wertschöpfungskette kontrollieren. Damit kommt ihnen auch bei der Wahrung von Menschenrechten und Umwelt eine noch grössere und direktere Verantwortung zu. Public Eye hat diese Entwicklung auch schon bei den Händlern von Agrarrohstoffen und den von ihnen kontrollierten Plantagen beschrieben (siehe Public Eye Magazin Nr. 33); nun zeigt sich diese auch bei den Energierohstoffen und Metallen. Glencore steht unangefochten an erster Stelle

der Schweizer Minenbarone. Seit der Übernahme des Bergbauunternehmens Xstrata 2012 steuert der Konzern aus seinem fürstlichen Hauptsitz in Zug nicht nur sein globales Handelsgeschäft, sondern auch den Betrieb Dutzender Minen. Damit ist er nicht allein: Unterdessen geniessen in seinem Gravitationsfeld zahlreiche Minenunternehmen wie Vale, BHP oder auch Trafigura die Steuerprivilegien und das milde Regulierungsklima vom Rohstoffplatz Schweiz.

Um zu zeigen, wie schwer die Schweiz im Minengeschäft inzwischen wiegt, hat Public Eye 199 aktive Minen (darunter eine Abbaustätte in der Tiefsee) identifiziert und diese metergenau kartiert. Diese gehören 25 Schweizer Rohstoffhändlern, die damit auch in den Abbau ihrer Produkte involviert sind. Die aufwendigen Recherchen in Handelsregistern, Geschäftsberichten, Datenbanken, Satellitenbildern und zahlreichen weiteren offenen Quellen belegen: Schweizer Rohstoffhändler graben, bohren und schürfen heute auf sechs Kontinenten nach alten Energierohstoffen wie Kohle und neuen Transitionsmineralien wie Kupfer und Kobalt.

An diesen zumeist in abgelegenen, einkommensschwachen Regionen befindlichen Orten, die von Schaltzentralen am Genfer-, Zuger- und Luganersee abhängen, fanden wir auch viele Geschichten über soziale und ökologische Missstände im Bergbausektor. Eine Auswahl davon ergänzt die exklusive Weltkarte der Schweizer

← Seit es sie gibt, ist sie Grund für Konflikte: die Fénix-Mine zum Abbau von Nickel des Zuger Solway-Konzerns auf dem Land indigener Gemeinschaften im Nordosten Guatemalas.

Das Cover zeigt das Schaufelrad eines Baggers im Tagebau Welzow-Süd des EP-Konzerns in Brandenburg.

DR Kongo

Der Einsturz von Kolwezi

Ein Drama in einem Konzessionsgebiet von Glencore zeigt die Gefahren des Kobalt-Rushs in der Demokratischen Republik Kongo auf. Für einen lächerlichen Anteil an den Ressourcen des Landes riskieren dort Minenarbeiter im Kleinstbergbau ihr Leben.

Zwischen der Mine und dem Minenarbeiter gibt es so etwas wie eine uralte Fehde.

In Kolwezi, in der Demokratischen Republik Kongo, werden die Minen immer weiter ausgebaut. Mit Sprengstoff und Baggern bauen die multinationalen Rohstoffkonzerne immer mehr wertvolles Kupfer und Kobalt ab.

Die Versprechungen der Energiewende lassen die Rohstoffpreise manchmal in die Höhe schnellen. In einer der ärmsten Regionen der Welt drängen sich dann Tausende von Kongolesen um die Konzessionsgebiete, die sich die grossen Rohstoffkonzerne sichern konnten. Mit Spitzhacken graben sie im Kleinstbergbau nach ihrem Stück vom Kuchen – kaum mehr als ein paar Krümel, die sie mitunter in Stollen 50 Meter unter der Erde finden.

Es kommt immer wieder zu Unfällen. So wie am Donnerstag, 27. Juni 2019, auf dem Gelände der Kamoto Copper Company (KCC), einer Tochtergesellschaft von Glencore, wo täglich bis zu 2000 Minenarbeiter im Kleinstbergbau



© Simon Dawson/Bloomberg via Getty Images

am Graben sind. Der Einsturz von zwei Stollen in einem Teil des Konzessionsgebiets, das der Zuger Konzern nicht selbst ausbeutete, endete in einer Tragödie. Laut Glencore starben 30 selbstständige Bergleute unter den Trümmern; das lokale Rote Kreuz geht von bis zu 80 Todesopfern aus. Der Zuger Konzern betonte sogleich die Illegalität der Tätigkeit der Minenarbeiter: Es gebe keinen Zusammenhang zwischen den Aktivitäten von KCC und den zwei Vorfällen.

Aber was zählen schon die Risiken, wenn man Hunger hat. «Es ist beängstigend da unten», erklärte ein Minenarbeiter aus Kolwezi in einem Beitrag des belgischen öffentlich-rechtlichen Medienunternehmens RTB. «Es ist gefährlich, aber wir haben keine Wahl. Wir sind nicht in reiche Familien hineingeboren worden, also müssen wir diesen Beruf ausüben. Hier gibt es nichts anderes zu tun.» Am Tag nach dem tragischen Unfall waren die Bergleute bereits wieder unterwegs: Dieses Mal wurden sie von der zur Verstärkung gerufenen kongolesischen Armee zurückgedrängt. ■

Minen in diesem Heft (siehe Seite 8 und 9). Die zehn Fälle handeln von Kohleminen, die entgegen allen klimapolitischen Vereinbarungen bis 2070 weiterlaufen sollen. Von Nickel aus Gegenden, in denen die Polizei unbewaffneten Widerstand mit scharfer Munition beantwortet. Von Abbauplänen in der hochsensiblen Tiefsee. Oder von Kupfer, für dessen Produktion knappe Wasserreserven erschöpft werden. Aus Platzgründen beschränken wir uns hier auf ein halbes Dutzend Fälle.

Auf sechs Kontinenten aktiv

Über die Hälfte der Schweizer Minen liegt in Lateinamerika, Afrika und Asien. Beispielsweise in Brasilien, wo wir am zweitmeisten davon gefunden haben. Der dort ansässige Bergbaukoloss Vale schleust sein gesamtes Handelsgeschäft über eine Firma im Kanton Waadt und gilt für uns deshalb als Schweizer Händler. In den letzten zehn Jahren sind gleich zwei Dämme seiner über 20 Eisenerzminen gebrochen; die meterhohen Schlamm-

lawinen haben mehrere Hundert Menschen getötet. In Südafrika, das über zwei Drittel seiner Energie aus Kohle gewinnt, investieren mehrere Schweizer Rohstoffhändler in neue Minen zum Abbau dieses Klimakillers, statt erneuerbare Stromquellen zu fördern. Durch solche Anlagen sind diese Firmen mitverantwortlich dafür, dass das riesige Land nicht vom fossilen Brennstoff loskommt.

Gerade Staaten, deren Einkommen stark von der Rohstoffproduktion abhängt, macht die Marktkonzentration weniger Konzerne zu schaffen. Beispielsweise der Demokratischen Republik Kongo (DRK), die zu einem Drittel von Erträgen aus diesem Schlüsselsektor abhängt. Die DRK ist der weltgrösste Produzent des Metalls Kobalt, das immer begehrt wird, weil es Batterien leistungsfähiger macht und zugleich verhindert, dass sie explodieren. 2024 kontrollierten drei Schweizer Rohstoffkonzerne mehr als 70 % der Produktion im Land. Sie beeinflussen damit den Marktpreis und schliesslich auch, wie viel die DRK von ihrem natürlichen Reichtum behält.

Brasilien

In den letzten Jahren haben die Minenbarone die Kobaltproduktion wesentlich erhöht; allen voran gilt dies für den chinesischen Konzern CMOOC, dessen Handelsarm IXM in Genf ist. Um dem daraus folgenden Preiszerfall entgegenzuwirken, hat die DRK 2025 ein Exportverbot für Kobalt erlassen. Trotzdem produzieren Minenunternehmen fleißig weiter, was die Exporterträge des Staats langfristig drücken dürfte. Es ist nur die letzte Episode im Land, die das ungleiche Machtverhältnis zwischen Konzernen und Produktionsländern verdeutlicht, das den Rohstofffluch ständig weiter reproduziert.

Auch in industrialisierten Weltregionen spielen Schweizer Rohstoffhändler ganz vorne mit. Allen voran in Australien. Das Land ist mit den ausgedehnten Kohle- und Eisenvorkommen ihre Lieblingsdestination, sie betreiben dort 40 Minen. Public Eye hat 2023 berichtet, wie die Kohlegeschäfte von Schweizer Konzernen in Down Under die Landrechte der indigenen Aborigines bedrohen. In Nordamerika und Europa sind die Minenbarone ebenfalls auf dem Vormarsch. Beispielsweise Trafigura, einer der umsatzstärksten Händler, der in den USA, Spanien und Finnland ein wachsendes Netz aus Zinkminen spannt. Das begehrte Metall schützt Eisen vor Rost – und verhilft dem Image des umstrittenen Ölhändlers zu mehr Glanz.

Fortsetzung auf Seite 10 →



© Douglas Magno/AFIP



© Douglas Magno/AFIP

Der Weltuntergang nach Vale

Der Einsturz eines Bergwerkdamms in Brasilien forderte 272 Menschenleben. Er offenbarte die schweren Versäumnisse des Bergbauriesen und das Versagen der Sicherheitskontrollen vor Ort.

Es geht um eine der schlimmsten sozialen und ökologischen Katastrophen in der Geschichte Brasiliens. Wir schreiben den 25. Januar 2019. Um 12.30 Uhr essen die meisten Minenarbeiter einer Mine des brasilianischen Vale-Konzerns in der Region Brumadinho im Bundesstaat Minas Gerais in der Kantine zu Mittag. Plötzlich fließt ein Strom mit einem Volumen von 13 Millionen Kubikmetern mit einer Geschwindigkeit von bis zu 80 Kilometern pro Stunde auf sie zu. Kurz zuvor ist der vorgelagerte Staudamm eingebrochen, die gewaltige Lawine aus Schlamm und Minenabfällen reißt Bäume, Dämme und Infrastruktur mit sich. 272 Menschen verlieren ihr Leben.

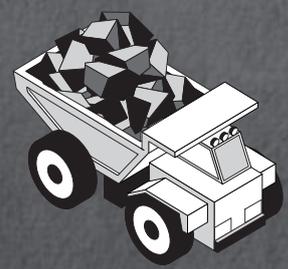
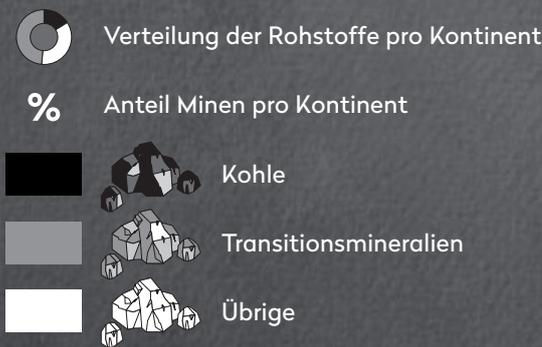
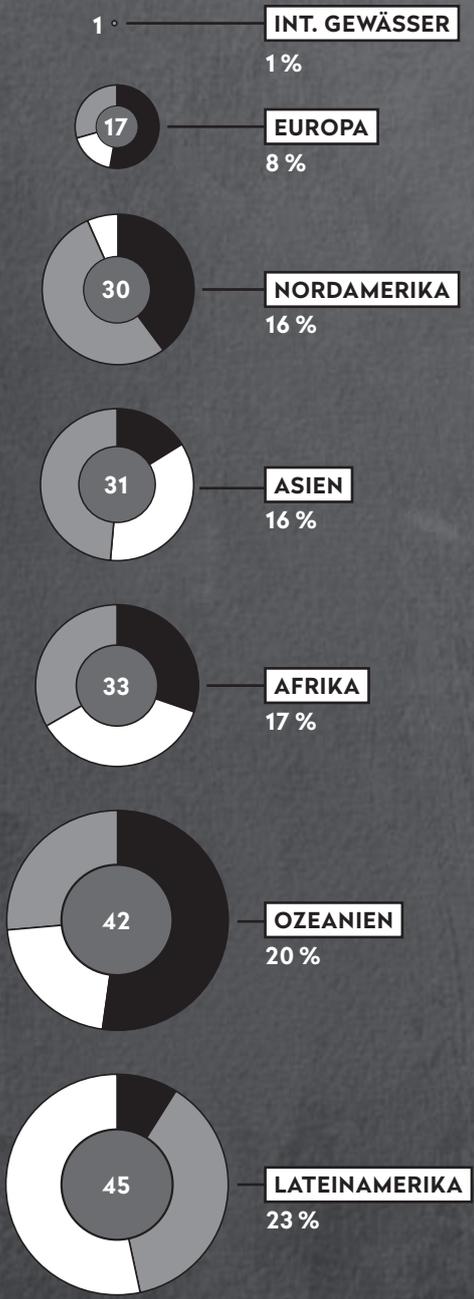
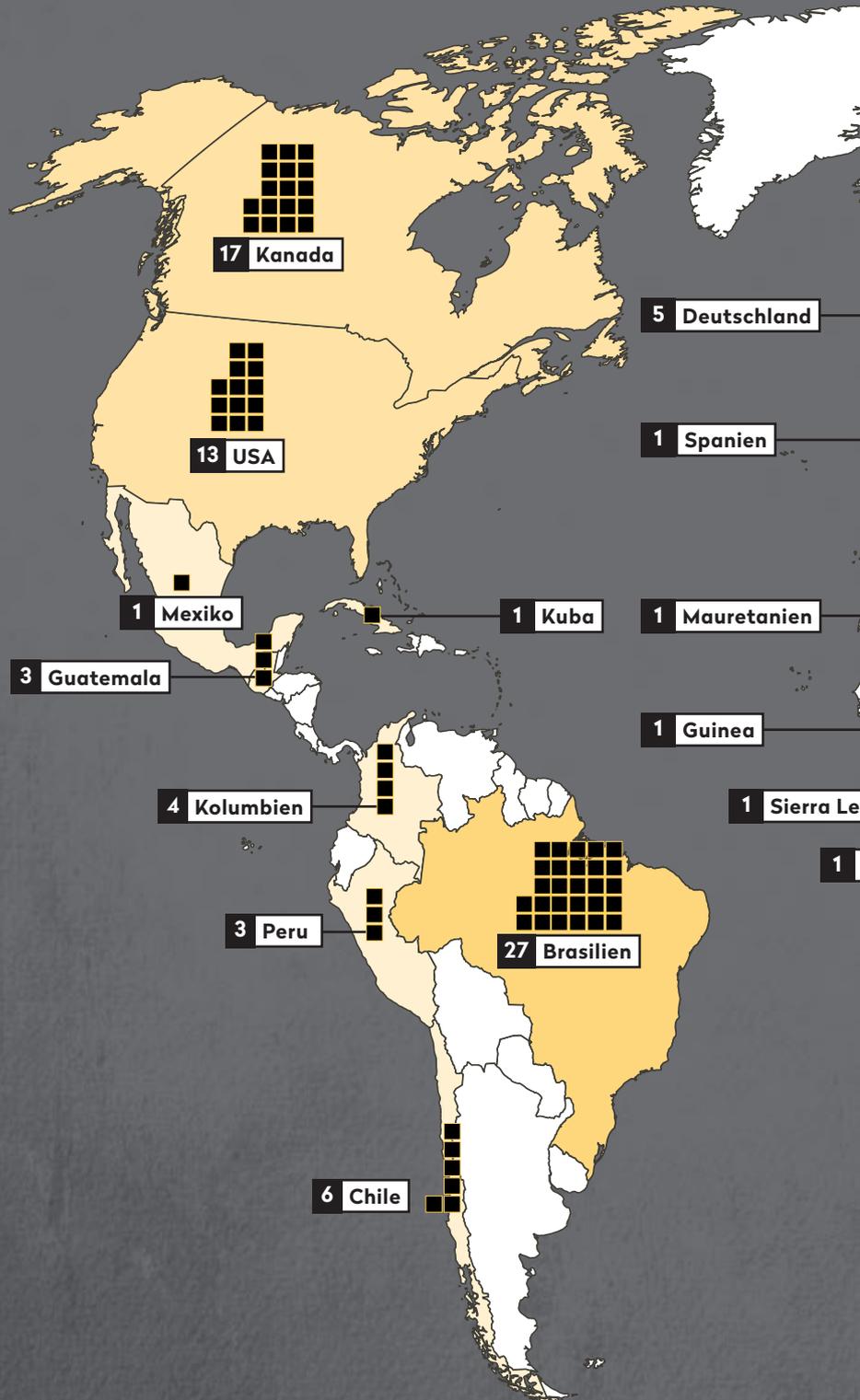
Für den Minenbetreiber Vale ist dies der zweite Dambruch dieser Art innerhalb von etwas mehr als drei Jahren. Die kurz vor der Tragödie erstellten offiziellen Statistiken weisen für Brasilien rund 200 Staudämme aus, die wie jener in Brumadinho ein Risiko darstellen. Ein Viertel davon wird vom Vale-Konzern betrieben, der seine Handelstätigkeit seit 2006 aus seiner Niederlassung in Saint-Prex VD führt.

Die Ermittlungen der brasilianischen Justiz werfen schnell die Frage nach der Aussagekraft der technischen Kontrollen bei dieser Art von Infrastruktur auf. Nachdem es zunächst nicht gelungen war, eine Bestätigung für die Stabilität des Brumadinho-Staudamms zu erhalten, wandte sich Vale an den deutschen Konzern TÜV Süd. Der Rohstoffkonzern wird verdächtigt, die Prüfgesellschaft unter Druck gesetzt zu haben, um einen Blankoscheck zu erhalten. Trotz interner Schreiben, in denen vor der unmittelbaren Bedrohung durch den Damm gewarnt wurde, zertifizierte die brasilianische Niederlassung des TÜV Süd diesen schliesslich.

Vale wirbt nun auf der Konzernwebsite mit dem Slogan «Wir werden Brumadinho nie vergessen». Das ist zu hoffen. ■

DIE GLOBALE VERTEILUNG SCHWEIZER MINEN

Unsere Recherche erfasst 199 Minen, die sich im Besitz von 25 in der Schweiz ansässigen Rohstoffhändlern befinden. Diese Minen sind über die ganze Welt verteilt und fördern hauptsächlich Kohle und Mineralien, die für die Energiewende von Bedeutung sind. Fast zwei Drittel der Minen (131) befinden sich im Besitz von nur fünf multinationalen Konzernen.

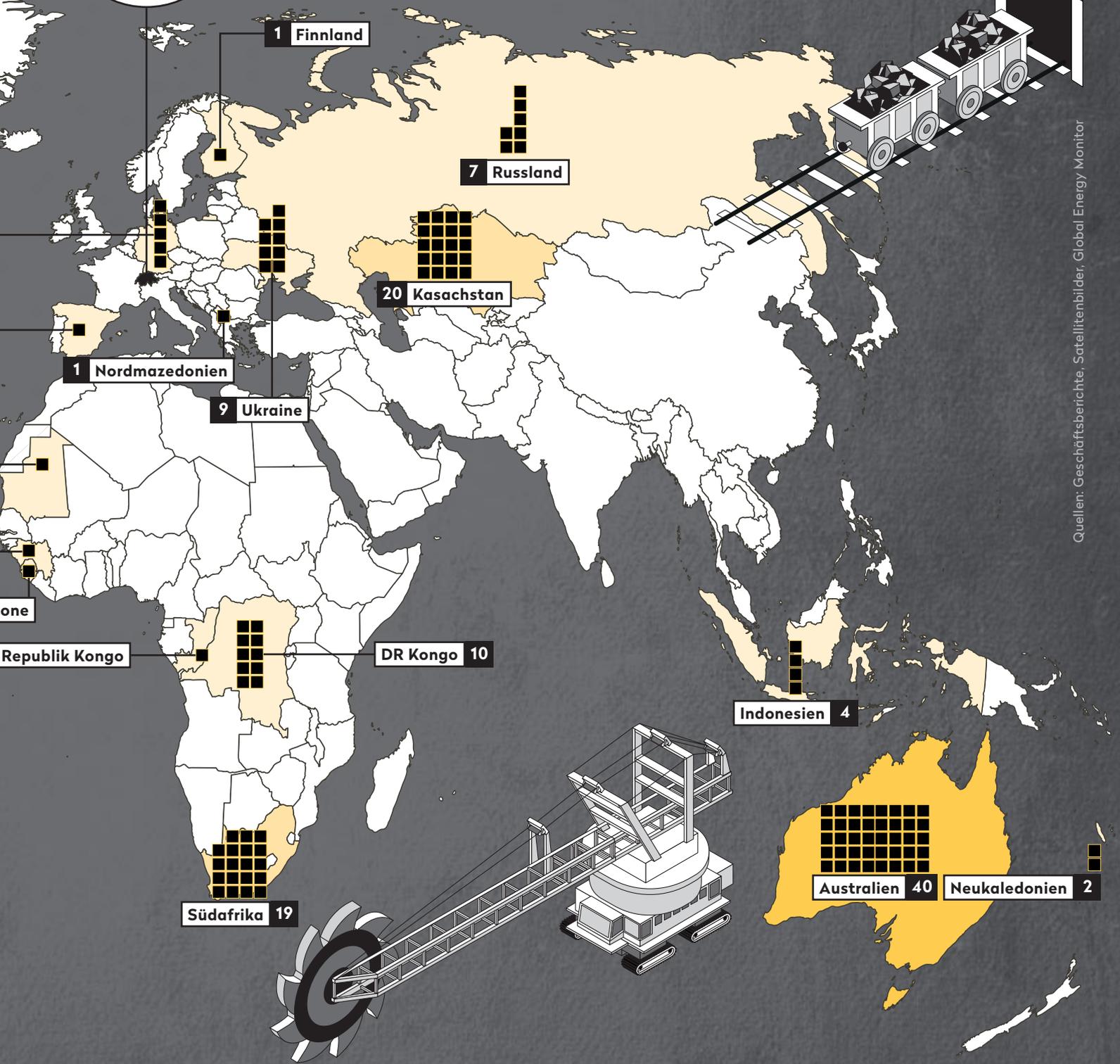




+ Schweiz
25 Rohstoffhändler
besitzen 199 Minen.



x Anzahl Minen pro Land



Quellen: Geschäftsberichte, Satellitenbilder, Global Energy Monitor

Hohe Zahl an Schweizer Minen

LAND	ANZAHL MINEN
Australien	40
Brasilien	27
Kasachstan	20
Südafrika	19
Kanada	17

Die Konzerne mit den meisten Schweizer Minen

KONZERN	FUNKTION STANDORT CH	UMSATZ 2024 IN \$	MINEN
Glencore	Hauptsitz in Baar ZG	230,9 Mrd.	55
Vale	Handelssitz in Saint-Prex VD	38,1 Mrd.	30
ERG	Handelsfirma Steinhausen ZG	6,5 Mrd.*	16
Trafigura	Operatives Zentrum in Genf	243,2 Mrd.	15
BHP	Handelsfirma in Zug	55,7 Mrd.	15

* Zahlen 2023

Guinea

Der Bauxit-Fluch und seine Folgen

Sprengungen für den Ausbau einer Bauxit-Mine des Rio-Tinto-Konzerns zwingen in Guinea ganze Dörfer zum Umzug.

Das stete Donnerrollen habe den Alltag unerträglich gemacht, erzählten Anwohner*innen der Sangarédi-Mine der Organisation Fian Deutschland. Bis zu 500 Meter an ihr Dorf sollen die Explosionen des Minenkonzerns vorge-rückt sein. Sie liessen Häuser einstürzen, wirbelten Staub in die Luft, brachten Wasserquellen zum Versiegen.

Mit mehreren Tausend Tonnen Sprengstoff jährlich erweitert das Konsortium um den britisch-australischen Minenkonzern Rio Tinto, der den Handel über die Beteiligungsgesellschaft Rio Tinto Switzerland in Zürich abwickelt, seit 2016 die Bauxit-Mine in Guinea. Eine Landschaft mit der doppelten Fläche der Stadt Genf soll der Mine weichen. Finanziert wird das Vorhaben unter anderem mit einem Kredit der Weltbank von über 200 Millionen US-Dollar. Seither ist an Landwirtschaft kaum mehr zu denken, was vor allem die Frauen zu spüren kriegen, die in der Region oft die Gärten bestellen.

Wegen der Bedeutung für die Automobilindustrie gilt das Aluminiumerz Bauxit in der EU als kritischer Rohstoff. Doch Guineas Bevölkerung sieht vom wachsenden Inte-



resse an seinen Bodenschätzen wenig mehr als die Schattenseite. Obwohl das Land einer der weltgrössten Bauxit-Produzenten ist, liegt das tägliche Pro-Kopf-Einkommen bei nur rund 3 Franken.

Als die Bevölkerung des Dorfes Hamdallaye während der Pandemie der Minenfirma weichen musste, bot diese ihr als neuen Wohnort eine der Abräumhalden an. Der Umsiedlung hatte die Bevölkerung damals bestenfalls notgedrungen zugestimmt. Auch Bewohner*innen anderer Dörfer berichten, ihre Landrechte seien missachtet worden. Heute wehren sich die Gemeinschaften in einem Verfahren bei der unabhängigen Beschwerdestelle der Weltbank. Gegen die Missachtung ihrer Landrechte, gegen die Sprengungen, gegen die Umweltzerstörung. ■

Die Förderung neuer Rohstoffe ...

Neben Kobalt und Zink steigt durch die Elektrifizierung der Weltwirtschaft auch die Nachfrage nach anderen Metallen und Mineralien stark an. Das gilt auch für Kupfer, das für den Ausbau von Stromnetzen oder in Windradgeneratoren benutzt wird. Oder für Nickel, dank dem Batterien mehr Energie auf weniger Raum speichern können. Oder für das Aluminiumerz Bauxit, das nicht nur in der Automobilindustrie, sondern auch bei anderen zukünftig materialaufwendigen Anwendungen eine wichtige Rolle spielt.

Wegen ihrer zentralen Funktion in der Energiewende werden diese Rohstoffe auch als Transitionsmineralien bezeichnet. Wie heiss begehrt sie unterdessen sind, zeigt die lange Reihe geopolitischer Vorhaben, die alle grossen Player, von den USA über die EU bis zu China, unterdessen verfolgen. Dieses strategische Staatsinteresse haben auch die Schweizer Rohstoffhändler bemerkt; einige haben sogar dafür lobbyiert. Dank zahlreicher Investitionen sind sie unterdessen auch gut vorbereitet: Über ein Drittel der Minen, die

wir gefunden haben, ist heute bereits auf den Abbau von Transitionsmineralien ausgelegt.

Nach Kupfer, einem der nach Wert bedeutendsten Metalle, schürfen Schweizer Rohstoffhändler insgesamt 28 Minen. Darunter auch in der Escondida-Mine in Chile, der weltweit produktivsten Kupfermine. Die fünf grössten Schweizer Minenbesitzer (siehe Seite 9) haben inzwischen alle in den Abbau des unworbenen Metalls investiert. Schweizer Investitionen in den Abbau des ähnlich zukunftssträchtigen Lithiums fanden wir während unserer Recherche keine. Stattdessen treiben die Konzerne ihre Aktivitäten bei Nickel und Zink voran. Auch erste Minen für seltene Erden sind bereits in helvetischer Hand.

... bringt vor Ort die alten Probleme

Während die Verarbeitung der Rohstoffe in klimaschonendere Produkte weiter zunimmt, scheint sich die Menschenrechtssituation in den Abbauländern kaum zu bessern. Das zeigt eine Studie des internationalen Expert*innen-Netzwerks Business & Human Rights Resource Centre (BHRRC), das Berichte aus rund 250 Minen für die Produk-

tion von Transitionsmineralien ausgewertet hat. Bei über drei Viertel (77%) gibt es mindestens eine Anschuldigung bezüglich Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen oder Umweltvergehen. Betroffen sind auch mehrere Dutzend Minen von Schweizer Rohstoffhändlern, wie ein Abgleich der BHRRC-Studie mit der Karte von Public Eye zeigt.

Häufigste Missstände sind Vertreibungen und die Beschneidung von Landrechten. Explorationslizenzen erstrecken sich oft über mehrere Tausend Hektaren. Für solch flächenintensiven Tagebau werden der Bevölkerung häufig landwirtschaftliche Flächen und ganze Dörfer weggenommen. Betroffen von diesen Zwangsenteignungen sind insbesondere indigene Gemeinschaften, wie die Schweizer NGO Voices mahnt: Schon heute liegen 54% der Minen für Transitionsmineralien auf oder in der Nähe von indigenen Territorien. Der Druck auf ihre Rechte und diejenigen ländlicher Bevölkerungsgruppen dürfte durch den neuen Boom weiter steigen.

Doch die Studie von BHRRC hält auch zahlreiche Vorwürfe von Rechtsverletzungen gegenüber Mineuren fest, deren Existenz von den Löhnen aus dem Bergbau abhängt. Sie arbeiten unter strengster körperlicher Belastung; Verletzungen und auch Todesfälle sind keine Seltenheit. Wie beim Abbau anderer Rohstoffe sind unsichere Arbeitsverhältnisse, überlange Arbeitstage und unzureichende Löhne auch im Minensektor weitverbreitet. Gewerkschaften, die sich gegen solche Missstände einsetzen, stehen in vielen Ländern unter Druck. →

Guatemala

Die toxische Asche des Fénix-Projekts

Mit der Komplizenschaft der staatlichen Behörden und unter Missachtung der Rechte indigener Gemeinschaften betreibt der Zuger Solway-Konzern seine Geschäfte im von Gewalt gezeichneten Guatemala.

Seit es sie gibt, ist die Fénix-Mine Grund für Konflikte. Das Projekt zum Abbau von Nickel war in den 1960er-Jahren im Nordosten Guatemalas entstanden, zu Beginn eines Bürgerkriegs (1960–1996), der mehr als 200 000 Opfer forderte. 1978 mobilisierte das Militärregime die Armee, um soziale Bewegungen zu unterdrücken und ausländische Investitionen zu schützen. Auf dem Platz von Panzós, einer Ortschaft etwa 40 Kilometer von der Mine entfernt, hatten sich etwa 700 Mitglieder der indigenen Gemeinschaft der Q'eqchi' versammelt, um gegen den Diebstahl ihres Landes zu protestieren. Es kam zu einem Massaker, 53 unbewaffnete Menschen wurden erschossen.

2011 kaufte die Zuger Solway Investment Group die Vermögenswerte von einem kanadischen Unternehmen; dessen Management war mit Anschuldigungen um Zwangsräumungen sowie körperliche und sexuelle Gewalt konfrontiert gewesen.

Die Bergbauaktivitäten in der Fénix-Mine wurden drei Jahre später über die lokale Solway-Tochter Compañía Guatemalteca de Níquel (CGN) wieder aufgenommen. Die Q'eqchi', die in der Region die Mehrheit bilden, behaupten jedoch, nicht konsultiert worden zu sein, und prangern an, dass der Izabal-See mit Schwermetallen verseucht

worden sei. Gemäss der UNO-Deklaration über die Rechte indigener Völker müssen Staaten mit indigenen Völkern kooperieren, um ihre freiwillige Zustimmung zu jedem Projekt zu erhalten, «das sich auf ihr Land oder ihre Gebiete und sonstigen Ressourcen auswirkt». Das Verfassungsgericht Guatemalas verfügte im Juni 2020 die Einstellung der Aktivitäten, bis eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung vorliegt und eine rechtmässige und respektvolle Konsultation der indigenen Gemeinschaften stattgefunden hat.

Dank der Komplizenschaft einiger guatemaltekischer Minister blieb die Mine jedoch in Betrieb. Im Jahr 2021 griffen unter anderem die Truppen für Aufstandsbekämpfung des Landes ein, um die Ketten von Demonstrant*innen zu durchbrechen, welche die Lastwagen der CGN blockierten. Geleakte Dokumente des Konzerns Solway zeigten kürzlich, dass das Management wusste, dass ihre Bergbauaktivitäten für die Verschmutzung des Izabal-Sees verantwortlich waren. Der Konzern wurde auch beschuldigt, die lokale Gemeinschaft und Journalist*innen unter Druck gesetzt und Einfluss genommen zu haben, um den Widerstand gegen die Fénix-Mine zu brechen. Bei einer Demonstration im Mai 2017 erschoss die Polizei einen Fischer. ■



Auch bei den Umweltschäden, die der Minensektor verursacht, dürfte es durch die Energiewende kaum zu Verbesserungen kommen. Beim Nickel werden sie besonders sichtbar. In Indonesien etwa roden Firmen für den Abbau mit schwindelerregendem Tempo Regenwald. Auch die enorme Wassernutzung und -verschmutzung gehört zu den Schäden bei der Förderung des Metalls. Ebenso die Luftverschmutzung: Ein russischer Konzern, der sein Nickel in Zug handelt, hat eine Stadt in Sibirien zum weltgrössten Hotspot vom sauren Regen verursachenden Schwefeldioxid gemacht.

In einigen der dokumentierten Fälle wurden diese Probleme von den Regierungen toleriert. Auch gegen dieses systematische Wegschauen wehren sich zahlreiche Gemeinschaften um die Minen der Rohstoffhändler. Aktivist*innen gegen die Korruption beklagen die Millionen von Franken, die ihre Länder nach Schmiergeldzahlungen des extraktiven Sektors an lokale oder nationale Eliten verloren haben; indigene Gemeinschaften protestieren gegen die Missachtung ihrer Landrechte; Gewerkschaften verhandeln mit Rohstoffkonzernen Entschädigungen für Angestellte nach Minenschliessungen. Dieser Widerstand gegen Bergbaukonzerne wurde in den letzten Jahren immer gefährlicher. 2023 wurden laut der britischen NGO Global Witness 25 Menschenrechtsverteidiger*innen in Verbindung mit Minenprojekten getötet, weit mehr als in jedem anderen Sektor.

Die enge Vertraute Kohle

Während sich also auch Schweizer Rohstoffhändler auf den klimawandelinduzierten Boom der Transitionsminerale vorbereiten, dreht sich ihre Gegenwart weiter

um den grössten aller Klimakiller, die Kohle. Sie wird auf allen sechs Kontinenten und in einem Drittel der von uns erfassten Minen abgebaut – und ist damit der meistgeförderte Rohstoff überhaupt. Neben diversen Braunkohle-tagbauten, dem grössten Kohlebergwerk Lateinamerikas oder zahlreichen Kohlestollen in Nordamerika haben sich die Rohstoffhändler auch Minen unter den Nagel gerissen, denen indonesischer Regenwald weichen musste.

Diese Dominanz unterstreicht, was Public Eye seit 2022 kritisiert: Die Schweiz ist Dreh- und Angelpunkt des weltweiten Kohlehandels und profitiert damit finanziell vom klimaschädlichsten aller fossilen Energierohstoffe. Wobei ein Teil des Geschäfts seit einigen Jahren wegzufallen scheint: die russische Kohle, deren Handel bis zur Invasion der Ukraine in der Schweiz florierte. Unterdessen steht dieser unter Sanktionen, weshalb Public Eye in dieser Recherche Dutzende Kohleminen in Russland nicht berücksichtigt hat – obwohl deren Besitzer die Kohle jahrelang über die Schweiz vertrieben hatten. Viele dieser Handelsfirmen existieren noch heute und beschäftigen weiterhin Angestellte, wie Public Eye vor wenigen Monaten beim Besuch ihrer Büroadressen in Zug festgestellt hat. Der Abschied von der vormals lukrativen Wahlheimat scheint noch nicht definitiv.

Währenddessen halten die anderen Schweizer Händler – häufig trotz anderslautenden Versicherungen – an der Kohle fest. Vor drei Jahren schon hat Public Eye ihren Ausstieg bis 2030 gefordert. Konkrete Pläne dafür haben wir bislang keine gefunden. Stattdessen haben die Kohlefirmen mittlerweile ein weiteres Scheinargument gefunden, um den Kohleausstieg zu verzögern: die

Umfang und Grenzen der Analyse

Die Karte auf den Seiten 8 und 9 hat den Anspruch, den Sektor komplett zu erfassen. Trotzdem dürften aufgrund von drei Faktoren gewisse von der Schweiz aus kontrollierte Minen auf unserer Karte fehlen. Erstens ist die Datenlage zum Rohstoffsektor gerade im Abbau noch immer sehr dünn. Gewisse Firmen publizieren weder Geschäftsberichte noch andere öffentliche Informationen über ihre Bergbautätigkeit. Zweitens ist die vorliegende Karte nur eine Momentaufnahme mit Stand Juli 2025. Über Jahre betriebene, unterdessen aber verkaufte Minen fehlen genauso wie neue Explorationsprojekte, die noch nicht im industriellen Massstab produzieren. Und drittens sind nur Minen erfasst, an denen Schweizer Rohstoffhändler nachweislich Anteile halten. Dabei kann es sich um vollständig kontrollierte Minen, Gemeinschaftsunternehmen oder Minen mit Minderheitsbeteiligungen handeln.

Was auch fehlt, sind all jene Minen, mit denen Schweizer Rohstoffhändler langjährige Abnahmeverträge abgeschlossen haben. Mittels dieser wichtigen und oft geheimen Offtake-Agreements sichern sie sich exklusive Kaufrechte und üben so entscheidenden Einfluss auf die Produktion aus. Bei Missständen wird regelmässig auf solche Verträge mit Zulieferern verwiesen, um die Verantwortung dafür von sich zu weisen. Zudem haben wir die Infrastruktur für die Weiterverarbeitung der Minenerzeugnisse nicht kartiert, beispielsweise Schmelzereien. Auch Produktionsanlagen für Öl und Gas waren nicht Teil der Recherche.

metallurgische Kohle. Die Stahlindustrie benötigt diese für den Betrieb ihrer Hochöfen. Weil die Energiewende auch tonnenweise Stahl verschlingen wird, deuten die Konzerne ihre Kohle um in einen Rohstoff für eine nachhaltigere Zukunft. Mit dieser argumentativen Volte will beispielsweise Glencore seinen Kohleabbau bis ins Jahr 2070 rechtfertigen.

Schweizer Steuerparadies und Investitionshafen

Neben den klassischen Rohstoffhändlern ist die Schweiz auch für globale Bergbaukonzerne attraktiv. Der Hauptgrund: Das Vermarkten ihrer Rohstoffe aus Eigenproduktion in einem Tiefsteuerparadies wie der Schweiz lohnt sich für sie. Zum Beispiel Vale: Bereits 2013 hatte Public Eye rekonstruiert, wie die Schweiz dem weltgrößten Eisenerzkoncern als Standort für aggressive Steuervermeidung dient. Die Einnahmen fehlen dann in den Abbauländern. Wie gross diese Verluste sind, lässt sich in der finanziell notorisch diskreten Schweiz kaum nachvollziehen.

Interessant ist die Schweiz auch für Firmen, die ihre Investitionen in Minen absichern wollen. Hierzulande versteckt sich hinter manchem Briefkastenschlitz eine Kohlemine, ein Kupferbergwerk oder eine Produktionsstätte für seltene Erden. Neben den Steuervorteilen macht eine Reihe weiterer Faktoren Schweizer Holdings zu einem sicheren Hafen für Minenfirmen. Erstens garantiert der stabile Finanzplatz Schweiz langfristigen Investitionen die notwendige Sicherheit. Zweitens ist die Schweiz ein Schattenfinanzzentrum, das so manchem Kohleinvestor ermöglicht, seine wahren (Geld-) Werte zu verschleiern.

Und last, but not least ermöglicht die Schweiz ihren Unternehmen, andere Staaten einzuklagen. Durch ihr enges Geflecht an Investitionsschutzabkommen gibt sie den Firmen Zugang zu einem System von intransparenten Schattengerichten. Vor diesen können Minenbetreiber aufs Geratewohl Länder auf Schadensersatz in Millionenhöhe verklagen. Glencore etwa hat den kolumbischen Staat wegen Minen bereits in mehrere kostspielige Verfahren vor solche Tribunale gezogen.

Schweiz braucht Antworten für die Zukunft

Solange einkommensstarke Länder wie die Schweiz ihren wachsenden Ressourcenverbrauch nicht einschränken, wird der Abbau von Transitionsmineralien mit der Elektrifizierung der Weltwirtschaft weiter zunehmen. Schweizer Rohstoffhändler besitzen bereits zahlreiche dieser Minen und expandieren laufend in neue Projekte. Es ist essenziell, dass dabei Menschenrechte und Umwelt respektiert werden. Doch beim Blick in eine hoffentlich sauberere Zukunft darf die dreckige Gegenwart nicht vergessen gehen: Die Kohle spielt unter den Schweizer Minen bei Weitem noch die Hauptrolle. →



© Matthias Rietschel/Reuters

Deutschland

Keine Kohle für den Ausstieg

Der EP-Konzern verdient mit deutscher Braunkohle viel Geld. Ob dabei etwas für den Rückbau nach dem Kohleausstieg 2038 übrig bleibt, ist fraglich.

Eine klimaschädlichere Energiequelle als Braunkohle gibt es nicht. Obschon sich Deutschland bis 2038 von dieser minderwertigen Sorte verabschiedet haben will, zelebriert ein tschechischer Milliardär in der ostdeutschen Lausitz aktuell deren letztes Hurra.

Daniel Křetínský, dessen Vermögen das US-Wirtschaftsmagazin «Forbes» auf 9,6 Milliarden US-Dollar schätzt, besitzt nicht nur Anteile an einem Londoner Spitzenfußballclub, sondern kontrolliert mit der EP-Gruppe auch einen Konzern mit Handelssitz im Kohleepizentrum Zug. Er vertreibt in erster Linie «Übergangsbrennstoff». Die Wortschöpfung soll die dreckige Kohle aus den fünf deutschen Tagebauten schönreden, die der Konzern betreibt.

Davor, dass der Kohleausstieg für die ostdeutsche Region alles andere als glimpflich verlaufen wird, warnen zahlreiche deutsche Umweltorganisationen. Die Folgekosten des Braunkohleabbaus, die gemäss Greenpeace Deutschland 5 bis 10 Milliarden Euro betragen dürften, seien aktuell kaum gedeckt. Auch Křetínskýs Kohlefirmen fehle dafür das Geld. Dieses soll mittels «Bilanzkosmetik» abgeschöpft und anderswo in dessen kafkaesk anmutendem Firmenkonstrukt angehäuft worden sein. Zurück blieben magere Firmenhüllen, ohne Mittel, um die notwendige Rekultivierung der alten Minengelände zu finanzieren.

Insbesondere der bereits jetzt bestehende Wassermangel soll sich in den Kohleregionen wegen der Klimaerhitzung nach 2038 weiter verschärfen. Wird sich der milliardenschwere Investor bis dann aus dem Staub gemacht haben? ■

Die Weltkarte ihrer Minen unterstreicht die wachsende Bedeutung, die Schweizer Rohstoffhändler heute auch in der Förderung wichtiger Energieressourcen haben. Diese Konzerne haben Einfluss auf Weltmarktpreise und sitzen teilweise direkt am Geldhahn ganzer Abbauländer. Ihre Geschichten aus den Abbauregionen unterstreichen, wie Menschenrechte und Umweltstandards dort häufig missachtet werden. Um dies künftig zu verhindern und einer gerechten Energiewende nicht im Weg zu stehen, muss die Schweiz ihren Rohstoffplatz regulieren. Andernfalls läuft auch sie Gefahr, ihren Minenbaronen bald einmal Untertan zu werden. ■



Gerechte Energiewende

Begriff und Idee einer gerechten Energiewende stehen für den Übergang in eine klimaverträgliche Wirtschaftsweise, bei der die Menschenrechte gewährleistet sind, die Umwelt geachtet und nachhaltige Entwicklung ermöglicht wird. Und zwar nicht nur beim Ausstieg aus den alten fossilen Energiequellen, sondern auch bei der Erschließung neuer klimaneutraler Alternativen. Sie betrifft einzelne Personen, lokale Gemeinschaften, geografische Regionen oder gesamte Länder. Einen Beitrag dazu leisten beispielsweise Umschulungen und sozialverträgliche Anschlusslösungen für Angestellte in fossilen Sektoren, die Wahrung von Landrechten beim Ausbau von Minen für Transitionsmineralien, eine umfassende Rekultivierung nach der Schliessung von Kohlebergwerken oder neue Perspektiven für Regionen und Länder, die von Produktion und Export fossiler Energierohstoffe wirtschaftlich abhängig sind.

Pazifik

Die bedrohte Stille der Tiefsee

Auf der Suche nach Metallen arbeitet der Freiburger Konzern Allseas daran, den Abbau von Rohstoffen bis in die Tiefen des Pazifiks auszuweiten. Seine Unterwasserroboter drohen ein noch unentdecktes Ökosystem zu zerstören.

In einer Tiefe von mehr als 4000 Metern erstickt der Druck die Schallschwingungen und das Sonnenlicht ist weg. Nur wenige und weitgehend unbekannt Tierarten erzeugen ihr eigenes Leuchten. Weitab von neugierigen Blicken findet in den Tiefen der Clarion-Clipperton-Bruchzone im Herzen des Pazifiks der nächste Bergbauboom statt: Unterwasserroboter kratzen und saugen den Meeresboden ab.

Der Tiefseebergbau verspricht eine Fülle von Nickel, Mangan, Kobalt oder Kupfer für eine Welt, die immer mehr auf Strom setzt. Am Erfüllen dieser Versprechen arbeiten die Ingenieur*innen von Allseas. Das in Châtel-Saint-Denis FR ansässige Unternehmen, das auf den Bau von Offshore-Ölplattformen und Unterwasserpipelines spezialisiert ist, kooperiert für erste Tests mit der kanadischen The Metals Company (TMC), an der Allseas weniger als 20% hält. Seit 2022 haben die Partner mehrere Tausend Tonnen Metall an die Oberfläche gebracht und planen, bis Ende 2025 in die industrielle Phase überzugehen. Der Zuger Gigant Glencore, ehemaliger Aktionär von TMC, hat sich bereits 2012 die Hälfte dieser Meeresmetalle gesichert.

Die Pläne der Unternehmen basieren allerdings auf einer dünnen wissenschaftlichen Basis und bringen erhebliche ökologische Risiken mit sich. Greenpeace warnt vor der Zerstörung ganzer Ökosysteme. 2023 forderten gegen 1000 Wissenschaftler*innen ein Moratorium für den Tiefseebergbau. 38 Länder, darunter auch die Schweiz, unterstützen diese Forderung.

Ende Juli 2025 konnte sich die Versammlung der Internationalen Meeresbodenbehörde nicht auf einen Codex für den Meeresbergbau einigen; die Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten sind beträchtlich. Die USA unter Donald Trump preschen offenbar vor. Der Bewohner des Weissen Hauses hat einige Monate zuvor ein Dekret erlassen, das den grossflächigen Abbau von Mineralien, auch in internationalen Gewässern, ermöglichen soll. Was einigen Unternehmen in der Schweiz in die Hände spielen würde. ■

Kohleterminal der Firma Borneo Prima in Indonesien, die für die Zuger IMR Holding arbeitet.

DIE FORDERUNGEN VON PUBLIC EYE

- Um endlich einen Überblick über die Minengeschäfte ihrer Rohstoffunternehmen zu haben, muss die Schweiz den **Ursprung aller Rohstoffe systematisch erfassen**, die in Genf, Zug oder Lugano gehandelt werden.
- Um beim Abbau von Transitionsmineralien und dem Abschluss entsprechender Geschäftsbeziehungen die dafür notwendigen Sorgfalts- oder Transparenzpflichten zu gewährleisten, braucht die Schweiz eine **Rohstoffmarktaufsicht** als öffentliches Aufsichtsorgan.
- Um Menschenrechte und Umwelt in den Abbauländern zu schützen, muss die Schweiz eine griffige Gesetzgebung für **Konzernverantwortung** einführen.
- Um einen verbindlich terminierten **Kohleausstieg** von ihren Rohstoffkonzernen einzufordern, muss die Schweiz eine transparente und vollständige Klimaberichterstattung, klare Transitionspläne und finanzielle Rückstellungen dafür vorschreiben.
- Um Gewinne im Rohstoffsektor gerechter zu verteilen und dessen soziale und ökologische Folgen abzufedern, sollte die Schweiz **internationale Lösungen vorantreiben, statt sich dem geopolitischen Wettlauf nach strategischen Rohstoffen anzuschliessen**.

In der Online-Version dieses Artikels finden Sie alle zehn Beispiele sowie eine interaktive Karte mit der genauen Positionierung aller 199 Minen und diversen Filteroptionen.

publiceye.ch/schweizer-minen





«Ohne Erdöl wäre Ecuador heute besser dran»

Der aus dem ecuadorianischen Amazonasgebiet stammende Anwalt Pablo Fajardo hat sich einen Namen gemacht, indem er indigene Gemeinschaften verteidigte, die von der Umweltverschmutzung durch den Erdölkonzern Chevron betroffen waren. Heute prangert er die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen an, die sein Land, das von einer beispiellosen Welle der Gewalt heimgesucht wird, verarmen lässt und seine Institutionen untergräbt.

INTERVIEW: ADRIÀ BUDRY CARBÓ

Ursprünglich säuberte Pablo Fajardo als Arbeiter die Öllecks von Texaco im ecuadorianischen Amazonasgebiet. Nach einer Fusion nannte sich dieser US-Ölkonzern Chevron und verliess schliesslich das kleine Land, hinterliess der Bevölkerung als «Geschenk» jedoch eine gewaltige Umweltkatastrophe. Fajardo wurde Anwalt, um jenen zu helfen, denen niemand sonst half: den indigenen Gemeinschaften, die Opfer der ungestraft gebliebenen Vergehen der Ölindustrie wurden, die sowohl Wirtschaftsmotor des Landes als auch Totengräber seiner Institutionen ist. Public Eye sprach mit Pablo Fajardo über den Rohstofffluch, als er im Mai 2025 in Genf war, wo er sich bei der UNO für verbindliche Regeln für multinationale Konzerne einsetzte.

In Ecuador wird seit etwas mehr als 50 Jahren Öl gefördert. Wäre Ihr Land ohne Erdöl besser dran? Bestimmt. Vor den 1970er-Jahren basierte unsere Wirtschaft auf der Landwirtschaft, die Industrie expan-

dierte. Wir exportierten Bananen, Kaffee, viel hochwertigen Kakao, auch in die Schweiz. Mit den Rohölexporten gab Ecuador die landwirtschaftliche Nutzung praktisch auf. Die Landbevölkerung verarmte, und die Landflucht führte dazu, dass die Menschen in den Vorstädten zusammengepfercht wurden, wo sich die Kriminalität ausbreitete. Ohne Erdöl wäre Ecuador heute besser dran.

Sehen Sie eine direkte Verbindung zwischen der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der in Ecuador herrschenden Gewalt?

Ja, dies manifestiert sich auf mehreren Ebenen. Die Spitze des Eisbergs sind die Unternehmen, die kriminelle Banden anheuern, um für ihre Sicherheit zu sorgen. Doch die Ausbeutung der Rohstoffe finanziert diese Banden auch. Im Amazonasgebiet zapfen sie regelmässig Pipelines an und leiten diese zu ihren Gunsten um. Zudem versorgen die Banden die Kokainindustrie im benachbarten Kolumbien mit Petrol-

ether, einem extrem flüchtigen und explosiven Abfallprodukt der Erdölförderung, das zur Herstellung von Kokain eingesetzt wird. Die staatlichen Behörden sind sich dessen bewusst, greifen aber nicht ein. In meiner Heimatregion Sucumbíos dreht sich ein Grossteil der Gewalt um die Kontrolle des Territoriums und das Abschöpfen des Petrolethers.

2023 hat das Volk von Ecuador für einen Stopp der Erdölförderung im Unesco-Biosphärenreservat und Nationalpark Yasuní gestimmt. Offenbar hat die Stimmung in der Bevölkerung gedreht.

Ja und nein. Angesichts der Begeisterung unter den Jugendlichen machte der im November 2023 zum Staatspräsidenten gewählte Daniel Noboa klugerweise bei der Kampagne für ein Ende der Ölförderung mit. Noboa unterstützte die Kampagne als Kandidat, obwohl er wusste, dass er das Votum des Volkes als Präsident niemals respektieren würde. Viele Menschen glaubten ihm: 65 % des Landes

sagten Ja zu Yasuní und sprachen sich damit für ein Ende der Ölförderung aus. Daniel Noboa hatte ein Jahr Zeit, bis August 2024, um das Verdikt des Volkes durchzusetzen. Doch in Block 43, einem Konzessionsgebiet, das fast zur Hälfte im Nationalpark liegt, wird die Ölförderung dennoch fortgesetzt.

Kann die Justiz die Regierung nicht zwingen, das Votum des Volkes zu respektieren?

In Ecuador herrscht ein völliger Verfall der öffentlichen Institutionen. Daniel Noboa steht über allem, das Verfassungsgericht frisst ihm aus der Hand. Gerade wurden drei neue Richter*innen ernannt, darunter eine ehemalige Chevron-Anwältin. Es gibt keine Hoffnung, dass diese Instanz den verfassungsrechtlichen Rahmen durchsetzen wird. Die Staatsanwaltschaft, der staatliche Rechnungsprüfungsdienst und das Parlament stehen vollständig im Dienst der amtierenden Regierung. Es gibt kein Gleichgewicht zwischen den Gewalten mehr. Dieses Problem war noch nie so ausgeprägt wie heute.

Dennoch hat die Justiz in Ecuador 2024 ebenso wie die Bundesanwaltschaft Gunvor wegen der Zahlung von Bestechungsgeldern an Beamte verurteilt. Ist das nicht ein Beweis dafür, dass bestimmte Instanzen noch funktionieren?

Dieses Urteil lässt bei mir ein wenig Hoffnung aufkommen. Es gibt Richter*innen, die Widerstand leisten und weiterhin ihre Arbeit tun. Aber sie werden von der Regierung verklagt.

Sie haben erreicht, dass Chevron 2011 verurteilt wurde, weil das US-Unternehmen nach 26 Jahren Ausbeutung im Amazonasgebiet rund 1000 offene Gruben mit Rohöl und giftigem Klärschlamm hinterlassen hatte. Dieses Urteil wurde 2018 vom Verfassungsgericht ratifiziert. Sie kämpfen dennoch weiter?

Ja, denn es fehlen zum Beispiel verbindliche Standards, an die sich die Unternehmen halten müssen. Das erleichtert es den Konzernen, sich jeglicher Verantwortung zu entziehen, insbesondere im Bereich der Menschenrechte oder des Schutzes der Umwelt und der indigenen Gemeinschaften. Es gibt sogar private Schiedsgerichte, welche die Investitionen dieser Unternehmen schützen. Dadurch können Staaten verurteilt werden, die sich nicht an die Weisungen der multinationalen Konzerne halten. Der Fall Chevron reiht sich in diese Problematik ein.

Wie ist das zu verstehen?

Der Schiedsspruch wurde unmittelbar nach dem Urteil des Verfassungsgerichts gefällt. Darin stehen Dinge, die völlig gegen das Gesetz verstossen, wie die Aufforderung an die Regierung, den Schiedsspruch nicht umzusetzen. Stellen Sie sich vor, ein Schiedsgericht würde in der Schweiz den Bund auffordern, ein Urteil aufzuheben – das ist absurd!

«Präsident Noboa zahlt lieber Chevron aus, als dass er das nationale Recht durchsetzt.»

Pablo Fajardo

Der Schiedsspruch fordert den ecuadorianischen Staat ausserdem auf, 2 Milliarden US-Dollar für Verfahrenskosten und immateriellen Schaden zu zahlen, der Chevron in 25 Jahren Gerichtsverfahren entstanden sein soll. Dies ist der heikelste Punkt, denn unsere Verfassung verbietet dem Staat, sich internationalen Schiedsgerichten zu unterwerfen, was in einem nationalen Referendum im April 2024 bestätigt wurde. Doch Präsident Noboa zahlt lieber Chevron aus, als dass er das nationale Recht durchsetzt. Wir versuchen, diese Zahlung zu blockieren. Verfügt

der Staat über solche Mittel, soll er sie nutzen, um Chevrons Schäden im Amazonasgebiet zu minimieren.

Was halten Sie von der zweiten Konzernverantwortungsinitiative, die in der Schweiz ohne Mühe die benötigten 100 000 Unterschriften erreicht hat?

Ich bin davon überzeugt, dass der Kampf sich nicht auf die Länder beschränkt, in denen die multinationalen Konzerne tätig sind, sondern auch ihre Herkunftsländer betrifft. Die Industriestaaten müssen verlangen, dass die Konzerne ethischer handeln; das ist eine moralische Pflicht! Schweizer Banken sind zum Beispiel massiv in Chevron investiert, ebenso wie europäische Pensionskassen. Am vernünftigsten wäre es, wenn die Bevölkerung der Schweiz von ihren Banken und Rohstoffhändlern verlangen würde, weltweit verantwortungsvoller zu handeln. Es gibt keinen Grund, warum das Recht auf saubere Luft – welche die Schweizer Bevölkerung genießt – nicht auch in Lateinamerika, Afrika oder Asien gelten sollte. Warum gelten für die Schweizer Konzerne zwei Standards?

Der Journalist und Präsidentschaftskandidat Fernando Villavicencio, der auch Whistleblower im Bestechungsfall Gunvor war, wurde im August 2023 während einer Wahlveranstaltung ermordet. Auch Ihr Bruder wurde ermordet. Woher nehmen Sie den Mut, weiterzumachen?

Von den direkt betroffenen Gemeinschaften. Als Aktivist habe ich zumindest ein Forum, in dem ich trotz der Risiken meine Stimme erheben kann. Aber viele Menschen sterben still und leise. In einem solchen Klima der Ungerechtigkeit bleiben einem nur wenige Optionen: sich mit den Tätern zu verbünden, zu schweigen oder die Omertà zu brechen. Schweigen ist für mich keine Option. ■



Recycling von Pestizidbehältern im Bundesstaat Mato Grosso in Brasilien.

© Lunaé Parracho

Verbotene Pestizide: massive Zunahme der Exporte aus der EU

Eine exklusive Recherche von Public Eye und Uearthed zeigt, dass die Europäische Union im Jahr 2024 fast 122 000 Tonnen verbotene Pestizide exportiert hat. Dabei hatte sich die Europäische Kommission verpflichtet, diese Praxis einzustellen. Die Pestizide wurden mehrheitlich in Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen exportiert, in denen die Risiken für Gesundheit und Umwelt höher sind. Syngenta gehört zu den wichtigsten Exporteuren dieser Gefahrenstoffe.

LAURENT GABERELL

Im Oktober 2020 versprach die Europäische Kommission, den Export von Pestiziden zu unterbinden, die in der Landwirtschaft der Europäischen Union (EU) verboten sind. Dies im Rahmen einer neuen Chemikalienstrategie, die als Pfeiler des «Green Deal» präsentiert wurde. Die Selbstverpflichtung folgte auf eine Recherche von Public Eye und Uearthed, der Investigativabteilung von Greenpeace UK, die zum ersten Mal den skandalösen Handel mit verbotenen Pestiziden made in Europe aufzeigte.

«Die EU würde ihrem Ziel einer giftfreien Umwelt nicht gerecht werden, wenn sie weiterhin die Produktion und Ausfuhr gefährlicher Chemikalien zulassen würde, die in der EU nicht eingesetzt werden dürfen»: So äusserte sich Virginijus Sinkevičius, der damalige EU-Umwelt-

kommissar, zu Beginn der öffentlichen Vernehmlassung zu dieser Initiative im Jahr 2023. Verschiedene Mitgliedstaaten hatten bereits strengere Regeln angekündigt, und die EU-Kommission hielt einen einheitlichen Ansatz für Europa für «unerlässlich», um die «Harmonisierung und Klarheit der Bestimmungen» zu gewährleisten.

Doch neue, exklusive Daten von Public Eye und Uearthed zeigen: Trotz der Verpflichtung der EU-Kommission stiegen die Exporte von verbotenen Pestiziden weiter an. 2024 genehmigten die EU-Mitgliedsländer den Export von fast 122 000 Tonnen Pestiziden, die auf dem eigenen Staatsgebiet wegen inakzeptabler Risiken für Gesundheit oder Umwelt nicht zugelassen sind. Das ist gut 50 % mehr als die rund 81 000 Tonnen, die den Behörden

2018 gemeldet worden waren. Berücksichtigt man den Brexit – das Vereinigte Königreich war damals für 40 % des Volumens verantwortlich –, haben sich die Exporte aus der EU in sechs Jahren mehr als verdoppelt.

Im Rahmen unserer Recherche haben wir Hunderte von Ausfuhrmeldungen untersucht: Dokumente, die Unternehmen ausfüllen müssen, wenn sie gefährliche Chemikalien, die in der EU verboten sind, in Drittländer exportieren wollen. Gestützt auf das Öffentlichkeitsprinzip haben Public Eye und Unearthed diese Meldungen bei der Europäischen Chemikalienagentur (Echa) und bei nationalen Behörden eingefordert. Die angegebenen Zahlen entsprechen einer voraussichtlichen Schätzung der Hersteller, die von den tatsächlich exportierten Mengen abweichen kann. Dennoch sind sie die beste verfügbare Informationsquelle.

100 neu verbotene Pestizide in der EU seit 2018

Dass der Umfang dieser problematischen Exporte aus Europa so stark zugenommen hat, ist primär dem Umstand geschuldet, dass in der EU seit 2018 rund 100 weitere Pestizide verboten wurden. Die Ausfuhr dieser Stoffe untersteht neu der Meldepflicht. Damit sind die gemeldeten Exportmengen automatisch gestiegen, da die EU diese Stoffe nach und nach von ihrem Markt verbannte, den Export in Drittländer aber weiterhin erlaubt.

Fünf Jahre nach unserer ersten Bestandesaufnahme zeigt sich: Europa ist nach wie vor führend bei der Herstellung und dem Export der wohl gefährlichsten Pestizide der Welt. Derweil sieht es danach aus, dass Brüssel einen Rückzieher macht: Die Arbeiten der EU-Kommission, um dieser Praxis ein Ende zu setzen, haben sich unter dem Druck der Agrochemielobby verzögert. Das Versprechen, bis Ende 2023 eine entsprechende Vorlage zu präsentieren, wurde nicht eingehalten. Mit der Rückkehr von Trump ins Weisse Haus und dem Wahlsieg des rechten Blocks bei den letzten Europawahlen werden die Forderungen nach Deregulierung zudem immer lauter. Die bahnbrechende Reform droht ebenso begraben zu werden wie der gesamte «Green Deal».

Auf Anfrage sagte ein Sprecher der Kommission, dass diese die Bedenken hinsichtlich der Ausfuhr von in der EU verbotenen Pestiziden in Drittländer teile und entschlossen sei, dieses wichtige Thema anzugehen. 2023 sei eine Folgenabschätzung eingeleitet worden, derzeit würden mögliche Optionen zur Umsetzung ihrer Initiative geprüft. «Es ist von grösster Wichtigkeit, für Mensch und Umwelt sowohl innerhalb der EU als auch weltweit ein hohes Schutzniveau zu gewährleisten.»

Marcos Orellana, Sonderberichterstatte der Vereinten Nationen für giftige Chemikalien und Menschenrechte, bedauert indes «eine verwerfliche Doppelmoral». Er spricht von einer «modernen Form der Ausbeutung mit klar rassistischem Unterton». Und weiter: «Für die Länder,

die verbotene Pestizide herstellen und exportieren, haben Leben und Gesundheit der Menschen in Empfängerländern offenbar nicht dieselbe Bedeutung wie das Wohlbefinden der eigenen Bevölkerung.» Schliesslich moniert er, dass «die Landarbeiter*innen und ihre Familien leiden, während die Pestizidhersteller die Gewinne einstreichen».

Giftstoffe made in Europe

Unsere Untersuchung zeigt: 2024 wurden 75 Pestizide, die in der EU verboten sind, für den Export gemeldet. 2018 waren es erst 41 gewesen. Vom Volumen her an erster Stelle steht Dichlorpropen (1,3-D), ein Pestizid zur Schädlingsbekämpfung im Obst- und Gemüseanbau. Der Stoff wird in den USA als wahrscheinlich krebserregend eingestuft. In der EU ist er seit 2007 aufgrund von Risiken für das Grundwasser und Gefahren für die Artenvielfalt verboten. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 20 000 Tonnen davon zur Ausfuhr angemeldet. Darauf folgen in der Rangliste Glufosinat, ein von BASF exportiertes Herbizid, das die Fruchtbarkeit schädigen kann, sowie Mancozeb: Das Fungizid, das als hormonaktiver Stoff gilt und sowohl die Fruchtbarkeit wie auch das ungeborene Kind schädigen kann, wurde in der EU im Jahr 2020 verboten.

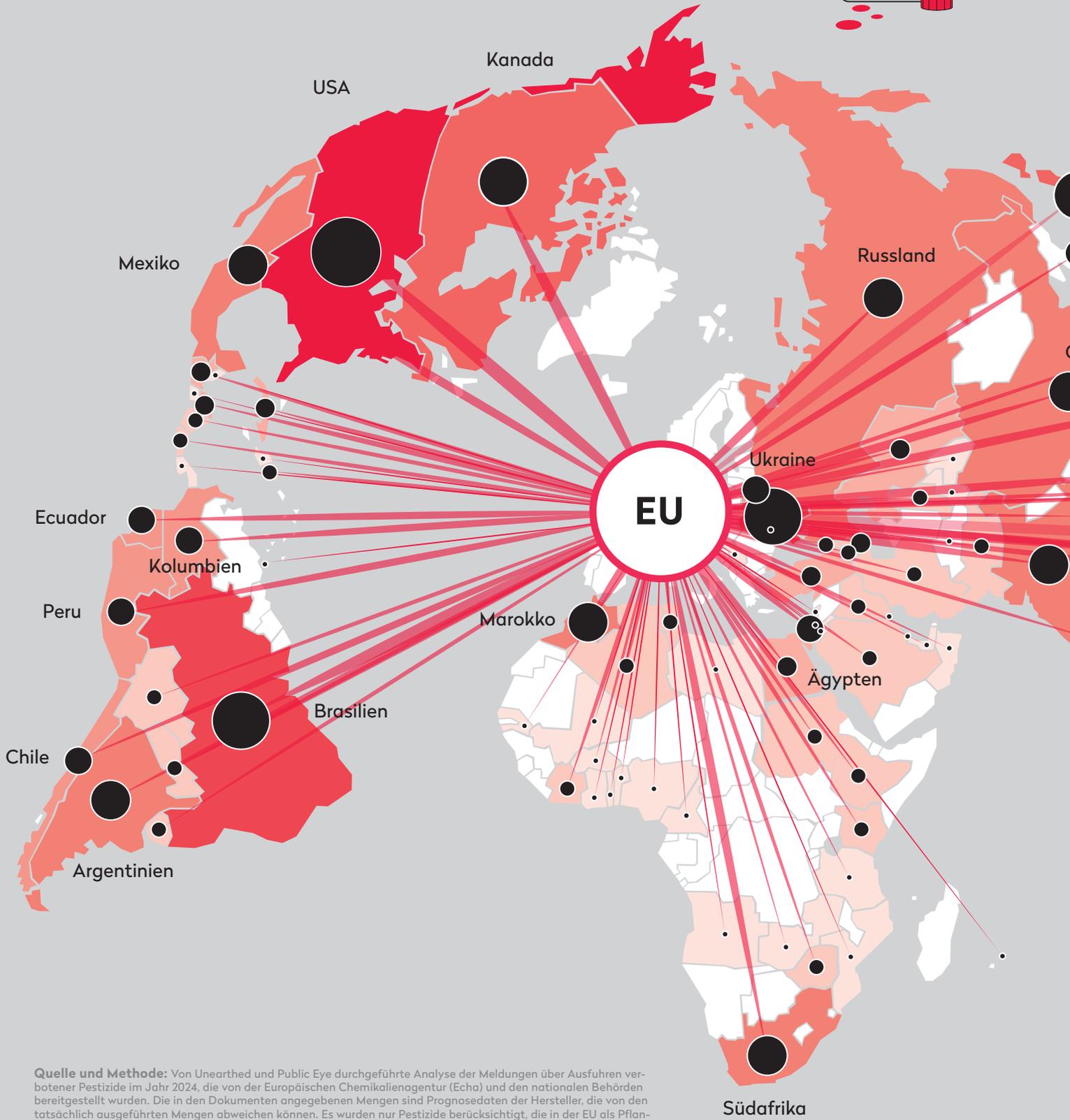
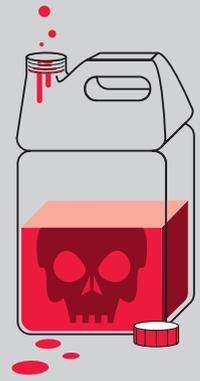
Gemäss unseren Daten sind der Basler Agrochemiekonzern Syngenta und der deutsche Konzern Bayer Marktführer im toxischen Geschäft mit in Europa hergestellten «Bienenkillern».

Zudem exportiert die EU weiterhin Tausende Tonnen Neonicotinoide: Diese gefährlichen Insektizide sind für den weltweiten Rückgang von Bestäuberpopulationen mitverantwortlich. Seit 2019 sind sie aufgrund «inakzeptabler» Risiken für Bienen in der EU nicht mehr zugelassen. Die EU-Kommission verbietet sogar per Gesetz die Einfuhr von Lebensmitteln, die Rückstände zweier Neonicotinoide enthalten. Demnach hält sie diese Stoffe für eine sehr grosse Gefahr für die Biodiversität, die landwirtschaftliche Produktion und die Ernährungssicherheit weltweit. Gemäss unseren Daten sind der Basler Agrochemiekonzern Syngenta und der deutsche Konzern Bayer die Marktführer in diesem toxischen Geschäft mit in Europa hergestellten «Bienenkillern».

Wohin gelangen diese Exporte? Auf der Liste der Abnehmer stehen 93 Staaten, drei Viertel davon Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen (siehe Karte auf Seite 20). Dies, obwohl UN-Behörden davor warnen, dass die Verwendung dieser «hochgefährlichen» Pestizide in solchen Ländern mit höheren Risiken einhergeht als anderswo. Die USA, deren Regulierungen viel lockerer

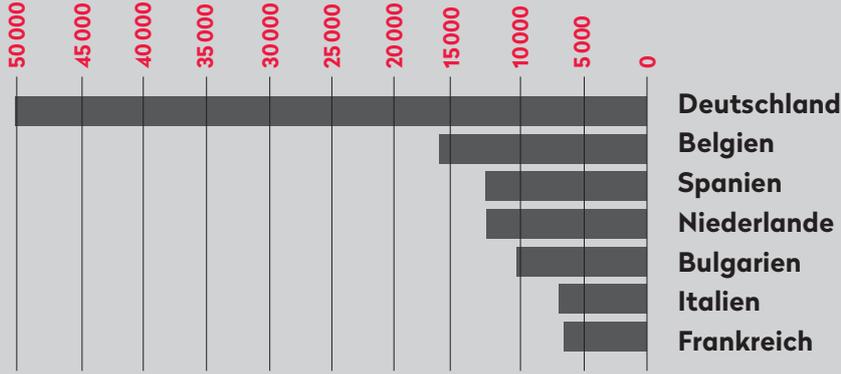
EXPORT VON VERBOTENEN PESTIZIDEN AUS DER EU (2024)

Im Jahr 2024 exportierte die EU fast 122 000 Tonnen verbotene Pestizide. Dabei hatte die EU-Kommission versprochen, diese Praxis zu beenden. Mit Ausnahme der USA ist der Großteil dieser Mengen für Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen bestimmt, in denen die Risiken für Gesundheit und Umwelt höher sind als bei uns.

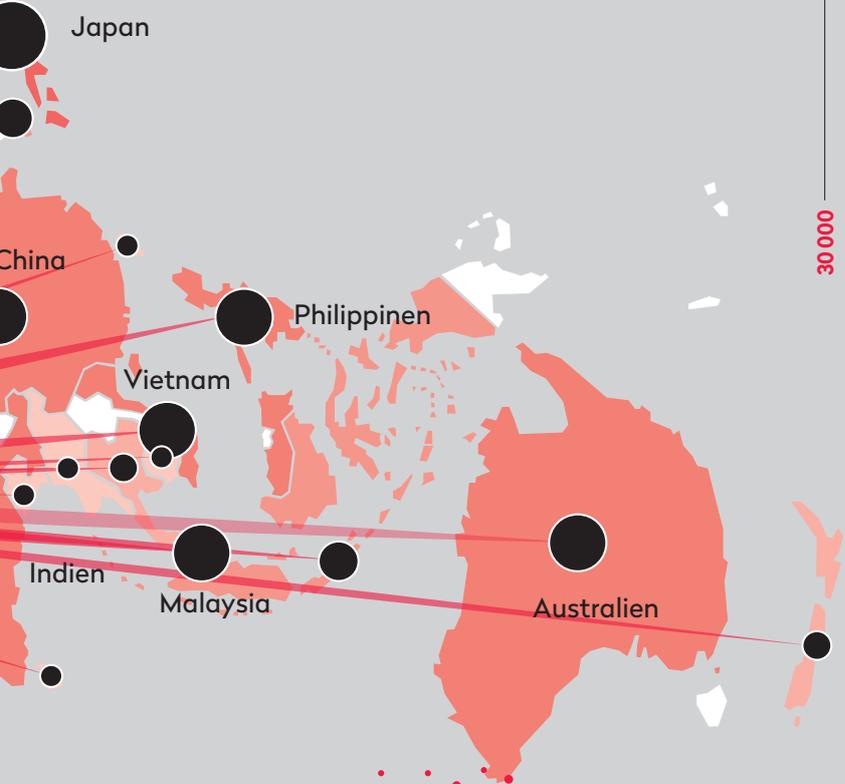
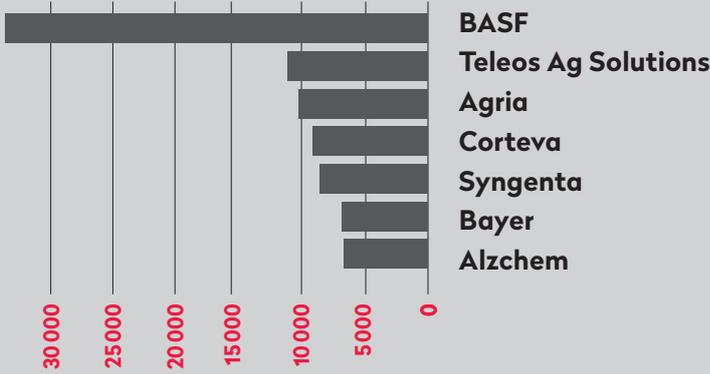


Quelle und Methode: Von Uearthed und Public Eye durchgeführte Analyse der Meldungen über Ausfuhren verbotener Pestizide im Jahr 2024, die von der Europäischen Chemikalienagentur (Echa) und den nationalen Behörden bereitgestellt wurden. Die in den Dokumenten angegebenen Mengen sind Prognosedaten der Hersteller, die von den tatsächlich ausgeführten Mengen abweichen können. Es wurden nur Pestizide berücksichtigt, die in der EU als Pflanzenschutzmittel verboten sind und ausdrücklich zum Schutz von Kulturpflanzen exportiert werden. In den meisten Fällen betreffen die Mengenangaben Produkte, die verbotene Stoffe enthalten, und nicht die reinen Wirkstoffe.

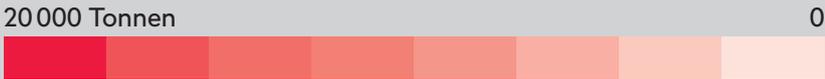
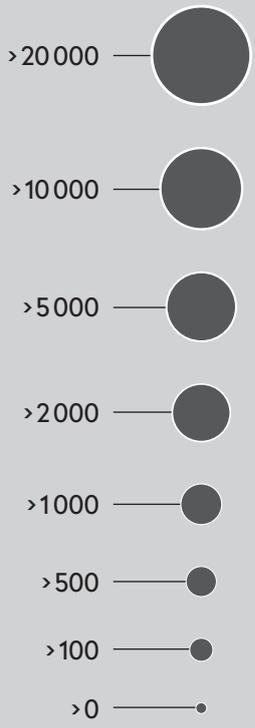
WICHTIGSTE EXPORTLÄNDER (IN TONNEN)



GRÖSSTE EXPORTEURE (IN TONNEN)



Exporte von verbotenen Pestiziden (in Tonnen)



In der Schweiz spielt der Bundesrat auf Zeit

Die Schweiz exportiert selbst auch verbotene Pestizide, und zwar in völlig intransparenter Weise. 2020 hatte der Bundesrat noch beschlossen, die Regelungen zu verschärfen, um diese Exporte «strenger zu kontrollieren». Jedoch wurde die Liste der Stoffe, die der Schweizer Regelung für den Export gefährlicher Chemikalien unterliegen, seitdem nie aktualisiert. Dutzende von Pestiziden, die kürzlich in der Schweiz verboten wurden, sind von keiner Kontrolle erfasst und können frei aus der Schweiz exportiert werden. Die Aktualisierung dieser Liste wurde mehrfach verschoben und hätte nun endlich in diesem Jahr erfolgen sollen. Die Dienststellen von Umweltminister Albert Rösti haben diesen Schritt jedoch erneut verschoben, womöglich in der bewussten Absicht, dieses Instrument seiner Vorgängerin Simonetta Sommaruga zu torpedieren. Nun ist von einer Vorlage die Rede, die im Herbst 2026 präsentiert werden und Anfang 2028 in Kraft treten soll.

Gift von Syngenta aus dem Vereinigten Königreich

Auch aus dem Vereinigten Königreich exportiert der Basler Agrochemiekonzern Syngenta verbotene Pestizide. Und das in rauen Mengen. Dabei ist das wichtigste Produkt das Herbizid Diquat, das in der EU wegen seiner akuten Toxizität und dem «hohen Risiko» für Landwirt*innen sowie Anwohnende verboten ist. In seinem Werk in Huddersfield produziert Syngenta das Herbizid nach wie vor für den Export, und zwar mehrheitlich nach Brasilien. Dort wird eine steigende Zahl von Vergiftungsfällen bei Landarbeiter*innen verzeichnet, wie Public Eye für den Bundesstaat Paraná konkret belegen konnte (siehe Public Eye Magazin Nr. 51 vom Januar 2025).

Zudem liefert Syngenta weiterhin Tausende Tonnen des berüchtigten Produkts Paraquat aus: ein Herbizid, das weltweit für Zehntausende Vergiftungen verantwortlich ist. In den USA, dem grössten Importeur, sieht sich der Konzern mit Klagen von Hunderten von Farmer*innen konfrontiert, die teilweise an Parkinson erkrankt sind. Sie machen Paraquat dafür verantwortlich und werfen dem Schweizer Konzern vor, sie nicht über die Risiken im Zusammenhang mit der Verwendung dieses Produkts informiert zu haben.

sind als diejenigen der EU, importieren am meisten verbotene Stoffe, gefolgt von Brasilien, dem weltweit grössten Markt für Pestizide. Die ehemalige portugiesische Kolonie führte fast 15 000 Tonnen verbotene Pestizide made in Europe ein, darunter vor allem das Fungizid Picoxystrobin, das im Getreide- und Sojaanbau eingesetzt wird. In der EU wurde es 2017 wegen seines genotoxischen Potenzials und der hohen Risiken für Wasserorganismen und Regenwürmer verboten.

«Scheinheiligkeit der EU»

«Wir sind empört über den Anstieg der Exporte gefährlicher Pestizide», sagt Alan Tygel, Koordinator der Kampagne gegen Agrochemikalien und für das Leben, ein Netzwerk brasilianischer Aktivist*innen. «Dass europäische Länder immer mehr Pestizide für den Eigengebrauch verbieten, diese Substanzen aber für den Export zulassen, unterstreicht die Scheinheiligkeit der EU, die vorgibt, mit gutem Beispiel voranzugehen.»

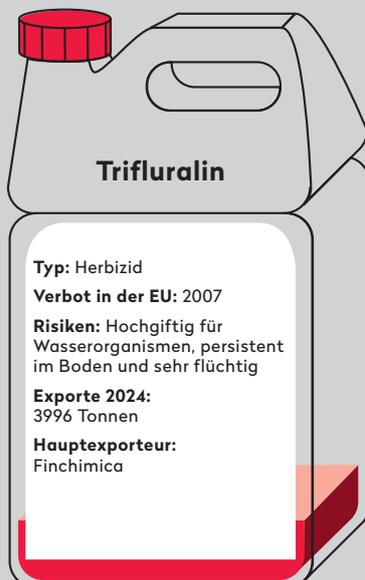
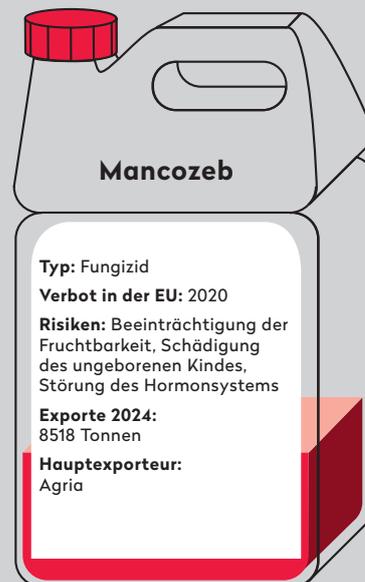
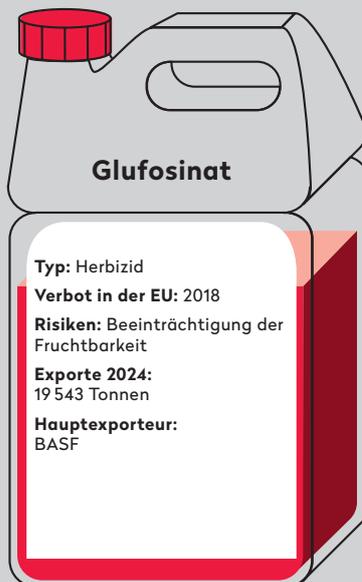
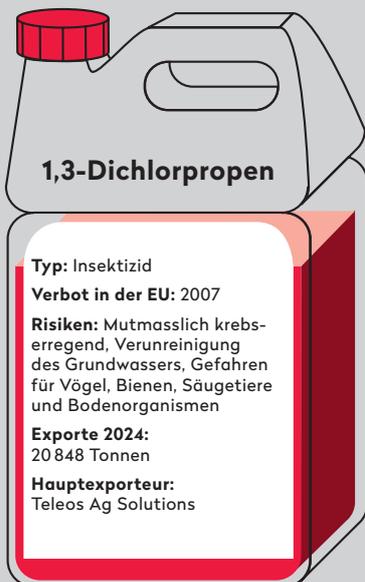
Unsere Recherche zeigt weiter, dass fast 9000 Tonnen verbotene Pestizide für den Export auf den afrikanischen Kontinent gemeldet wurden. Die wichtigsten Zieländer sind hier Marokko und Südafrika. Für Kara Mackay, Kampagnenkoordinatorin der südafrikanischen Organisation Women on Farms, ist das Ausdruck einer «eklatanten Doppelmoral und rassistisch-kolonialen Denkweise, unter der Europa noch immer leidet». Ihre Botschaft an Europa: «Verbotene Pestizide nach Afrika oder in andere einkommensschwache Länder zu schicken, ist nur möglich, wenn man die Menschen, die sie verwenden, als minderwertig betrachtet und sich daher nicht um ihre Gesundheit schert. Diese Praxis stellt Profit über Menschenleben. In Südafrika wollen wir, dass sich das ändert. Wir haben genug davon, und es macht uns buchstäblich krank!»

Ein florierendes Geschäft

Mit mehr als 33 000 Tonnen, die 2024 zum Export gemeldet wurden, ist BASF mit Abstand die Nummer eins in diesem Geschäft, gefolgt von Teleos Ag Solutions, Agria, Corteva Agriscience und Syngenta. Der Basler Konzern meldete im vergangenen Jahr den Export von fast 9000 Tonnen verbotener Pestizide aus der EU, davon der allergrösste Teil aus Deutschland.

Mehr als ein Viertel davon bestand aus Produkten mit dem Wirkstoff Thiamethoxam, einem Insektizid aus der Gruppe der Neonicotinoide, die als «Bienenkiller» berühmt wurden. Zwei weitere Produkte gehören zu den Exportschlägern von Syngenta: Propiconazol, ein Fungizid, das 2018 in der EU aufgrund seiner Reproduktionstoxizität und der Gefahr für das Grundwasser verboten wurde, sowie Chlorothalonil, ebenfalls ein Fungizid, das als krebserregend eingestuft wird und das Trinkwasser in der Schweiz, in Frankreich aber auch in Costa Rica grossflächig verschmutzt, wie eine Recherche von Public Eye im Juni 2023 gezeigt hat. →

Die neun verbotenen Pestizide mit den höchsten Exportmengen



Syngenta betont auf Anfrage, dass seine Exporte «den strengen Anforderungen der europäischen Chemikalienverordnung entsprechen», und erklärt, dass seine Fabriken auf «wenige Standorte weltweit» konzentriert sind, um sicherzustellen, dass seine Produkte «den strengen Produktionsstandards entsprechen und von höchster Qualität sind». Das Unternehmen versichert, dass es «die Souveränität und die Richtlinien der importierenden Staaten respektiert, alle internationalen gesetzlichen Anforderungen erfüllt [...] und im Land selbst detaillierte Informationen bereitstellt, um den sicheren Einsatz durch die Anwenderinnen und Anwender zu fördern».

Insgesamt wurden mehr als 40% der aus der EU exportierten Mengen von Deutschland gemeldet. Das Land hat sich zum wichtigsten europäischen Umschlagplatz für den Handel mit verbotenen Pestiziden entwickelt: Letztes Jahr waren es nicht weniger als 50 000 Tonnen. Das sind sechsmal so viel wie 2018. Der massive Anstieg hängt mit dem Verbot von Glufosinat Ende 2018 zusammen, dessen Export seither stark zugenommen

Ein langer Kampf

Public Eye recherchiert seit Langem zur Pestizidindustrie. Dank Ihrer Unterstützung decken wir auf, welche Strategien die Hersteller nutzen, um ihre giftigsten Produkte weiterhin an Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu verkaufen – mit verheerenden Folgen. In den letzten Jahren hat diese Arbeit trotz starkem Widerstand der Agrochemielobby zu Veränderungen geführt.

Ein wichtiger Hebel, um die Situation zu verbessern, ist die Analyse der Mengen verbotener Pestizide, die aus der EU oder der Schweiz exportiert werden. Die EU-Kommission hat sich nach einer ersten Recherche aus dem Jahr 2020 verpflichtet, diese Praxis zu beenden. Nach unseren Enthüllungen hat Belgien den Export von Pestiziden, die auf dem eigenen Staatsgebiet verboten sind, ab 2023 unterbunden. In Frankreich haben diverse Recherchen von Public Eye Lücken in der Gesetzgebung aufgedeckt, die die Behörden kürzlich geschlossen haben.

In der Schweiz hat der Bundesrat nach unseren Enthüllungen und Druck aus dem Parlament im Jahr 2020 den Export von fünf in der Schweiz verbotenen Pestiziden, darunter Paraquat, verboten. Seitdem üben wir weiterhin Druck auf die Schweizer Behörden aus, damit diese die Regelungen verschärfen und auf weitere Pestizide ausweiten.

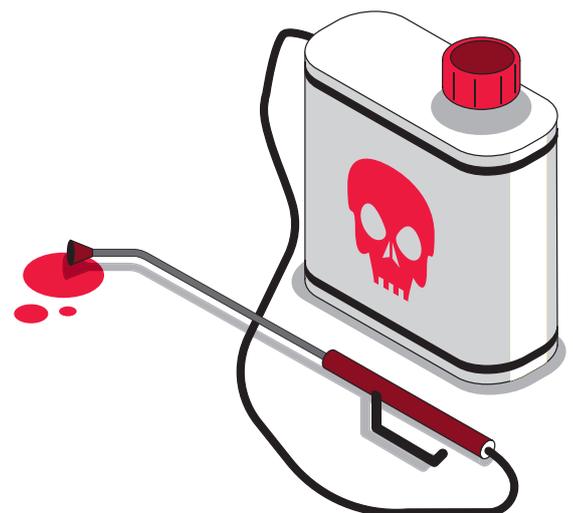
hat. Ein weiterer Grund dafür ist, dass Syngenta einen Teil seiner Aktivitäten nach Deutschland verlagert hat, insbesondere aus Frankreich: Seit 2022 verbietet ein französisches Gesetz den Export verbotener Pestizide. Auch Belgien hat solche Exporte im Mai 2025 durch einen Königlichen Erlass untersagt. 2024 war das Land noch der zweitgrösste Exporteur, gefolgt von Spanien, den Niederlanden und Bulgarien.

Kritik an der Doppelmoral der EU-Kommission

An einer Demonstration Ende Juni in Brüssel forderte eine Koalition aus über 600 NGOs und Gewerkschaften, darunter Public Eye, die Präsidentin der EU-Kommission auf, ihr Versprechen einzuhalten: Ursula von der Leyen soll endlich den Export von in Europa verbotenen Pestiziden stoppen. Die NGOs kritisieren die Untätigkeit und die Doppelmoral der EU-Kommission; damit untergrabe sie auch die Glaubwürdigkeit der EU und ihre weltweite Führungsrolle beim Schutz vor gefährlichen Chemikalien. Ausserdem setzt sie die Bevölkerung in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen einem «inakzeptablen Risiko» aus, hält die Koalition fest. Auch Konsument*innen in Europa seien aufgrund von Rückständen verbotener Pestizide in importierten Lebensmitteln gefährdet. Problematisch ist zudem der «unlautere Wettbewerb» für Landwirt*innen in der EU, die solche Pestizide nicht einsetzen dürfen.

Dieselben Anliegen wurden zuvor in einem Schreiben von Dänemark, Österreich, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen und Schweden an die neue Umweltkommissarin Jessika Roswall formuliert. Der Brief von Dezember 2024 fordert die EU-Kommission auf, unverzüglich auf ein europaweites Verbot der Ausfuhr verbotener Pestizide hinzuarbeiten. «Es ist wichtig, dass wir innerhalb der EU unsere Verantwortung wahrnehmen und zeigen, dass wir nicht nur unsere eigene Bevölkerung schützen wollen, sondern auch weltweit mit gutem Beispiel vorangehen, wenn es um Chemikalien geht», erklärte Magnus Heunicke, dänischer Umweltminister. «Das ist eine Frage der moralischen und politischen Verantwortung.»

Die Agrochemiekonzerne haben den Kampf noch nicht gewonnen. ■





Richtig vererben: Das müssen Sie wissen

Public Eye erhält immer wieder Legate und Erbschaften. Diese Zuwendungen sind für uns von grossem Wert: Sie leisten einen nachhaltigen Beitrag an unsere Unabhängigkeit und unsere finanzielle Stabilität und ermöglichen unsere Recherchen und Kampagnen für eine gerechtere Welt. Unser tiefer Dank gilt allen, die sich für eine Nachlassspende an Public Eye entscheiden.

ANITA WEBER

In dieser Checkliste finden Sie die wichtigsten Infos und Tipps, worauf bei der Testamenterstellung zu achten ist. Damit Ihr letzter Wille auch wirklich in Ihrem Sinne umgesetzt werden kann, lohnt sich in komplexeren Fällen der Beizug einer Fachperson. Unser Vertrauensanwalt in Zürich bietet Menschen, die Public Eye in ihrem Testament begünstigen möchten, eine kostenlose Erstberatung an. So schaffen Sie Klarheit und vermeiden, dass es nach dem Tod zu Konflikten in Ihrer Familie kommt.

Was sind Pflichtteile, die frei verfügbare Quote und die gesetzliche Erbfolge?

- **Pflichtteile** sind gesetzlich geschützte Anteile für Ehepartner*innen und Nachkommen.
- Die **frei verfügbare Quote** ist der nicht pflichtteils-geschützte Anteil des Nachlasses. Sie beträgt in jedem Fall mindestens die Hälfte – auch dann, wenn man verheiratet ist und/oder Kinder hat.
- Die **gesetzliche Erbfolge** regelt, wer erbberechtigt ist, sofern kein Testament vorliegt. Je nach Familiensituation (unverheiratet/keine Kinder) können dies entfernte Verwandte sein – oder gar Gemeinde und/oder Kanton.

☛ Gut zu wissen:

- Seit Anfang 2023 gilt das neue Erbrecht. Seither lässt sich freier über das eigene Vermögen verfügen.
- Auch das neue Erbrecht berücksichtigt **unverheiratete Partner*innen** nicht. Wer diese begünstigen will, muss das zwingend im Testament festhalten.
- Mindestens **50 % des Vermögens darf frei vererbt** werden – sei es an die unverheiratete Partnerin, den besten Freund, das Göttingkind oder eine NGO.

Wie unterscheiden sich Legat, Vermächtnis und Erbschaft?

- **Legat und Vermächtnis** sind ein und dasselbe. Sie bezeichnen einen bestimmten Geldbetrag oder einen konkreten Sachwert (z. B. Immobilie).
- **Legatär*innen** (= Vermächtnisnehmer*innen) gehören nicht zur Erbengemeinschaft und erben auch keine Schulden. Sie haben im Erbschaftsprozess «nichts zu sagen».
- Als **Erbschaft** wird das Vermögen (inkl. Schulden) einer verstorbenen Person bezeichnet, das auf die Erb*innen übergeht.
- Als Erb*innen können eine oder mehrere Personen oder Organisationen eingesetzt werden – diese bil-

Anlass zum Thema Erben und Vererben in Bern

Wir laden Sie ein zu einem gemeinsamen Besuch der Ausstellung «Hilfe, ich erbe!» im Berner Generationenhaus. Im Anschluss daran gibt es einen Apéro und eine Präsentation zum Thema Testament und Nachlassplanung mit Sibyl Matter, Berner Notarin, Mediatorin und Fachanwältin SAV für Erbrecht.

Datum: 20. Oktober 2025, 15.30–19.30 Uhr

Ort: Generationenhaus, Bahnhofplatz 2 in Bern



Die Platzzahl ist beschränkt.
Bitte melden Sie sich hier an:
publiceye.ch/hilfe-ich-erbe

den zusammen die **Erbengemeinschaft**. Diese ist gemeinsam für das Begleichen von Rechnungen und Schulden, die Eruiierung und die Aufteilung der Erbmasse verantwortlich.

- **Legate** werden bei der Erbteilung separat behandelt. Sie sind jedoch Teil des Nachlassvermögens (Erbmasse) und müssen darum bei der Berechnung der Pflichtteile miteinberechnet werden.

💡 **Gut zu wissen:**

- Bis zum Vollzug der Erbteilung übernimmt die **Erbengemeinschaft** gemeinsam die Verantwortung über das Vermögen. Wenn es niemanden für die Willensvollstreckung gibt, muss sie Entscheidungen einstimmig fällen (z. B. zum Verkauf einer Immobilie).
- **Pflichtteilgeschützte Erb*innen** (Nachkommen, Ehepartner*in) sind nicht zwingend Teil der Erbengemeinschaft – sie können auch als Legatär*innen eingesetzt werden.
- Im Testament ist klar zu trennen, wer als Erb*in und wer als Legatär*in eingesetzt ist – es handelt sich um **unterschiedliche Rollen** mit unterschiedlichen Rechten und Pflichten.

Wie wird das Nachlassvermögen bestimmt?

- Auf der Plus-Seite stehen alle **Vermögenswerte** (z. B. Bankkonti, Wertpapiere, Kryptowährungen, Immobilien, Schmuck, Fahrzeuge).
- Auf der Minus-Seite stehen **Schulden, Hypotheken oder offene Rechnungen**.
- Bei Ehepaaren muss vor der Erbteilung eine **güterrechtliche Auseinandersetzung** gemacht werden. Dabei wird eruiert, welcher Betrag in die Ehe eingebracht wurde (Eigengut) und welcher Betrag gemeinsam während der Ehe erwirtschaftet wurde (Errungenschaft).
- **Schenkungen** (mind. der letzten fünf Jahre) **und Erbvorbezüge zu Lebzeiten** sind zu berücksichtigen.

💡 **Gut zu wissen:**

- Haben einzelne Kinder zu Lebzeiten eine Schenkung erhalten, so muss diese laut Erbrecht in der Regel nach dem Tod der Eltern unter den Geschwistern ausgeglichen werden.

Wie erstelle ich ein Testament?

- Ein **handschriftliches Testament** muss komplett von Hand verfasst, datiert und unterschrieben sein.
- Der **Testamentgenerator** auf der Plattform DeinAdieu hilft bei der korrekten Formulierung des Testaments (siehe Box unten).
- **Hinterlegen** Sie Ihr Testament an einem sicheren Ort bzw. bei der zuständigen Behörde. Diese variiert von Kanton zu Kanton.
- Alternativ können Sie in einem Notariat ein **öffentlich beurkundetes Testament** erstellen lassen, das von zwei Zeug*innen unterzeichnet wird. Anschliessend wird es bei der zuständigen Amtsstelle hinterlegt.

💡 **Gut zu wissen:**

- Auf unserer **Website** finden Sie eine ausführliche Checkliste sowie weitere Tipps zum Erstellen eines Testaments.
- Bei komplexen Situationen (z. B. mit Immobilien, Patchworkfamilien oder mehreren Erb*innen) lohnt sich die **Beratung durch eine Fachperson**.

Falls Sie Ihr **Testament vor dem 1. Januar 2023** verfasst haben, ist es sinnvoll, zu kontrollieren, ob es konform ist mit dem neuen Erbschaftsrecht.

Gemeinnützig vererben – nachhaltige Wirkung zeigen

- Überlegen Sie, ob Sie eine **Organisation Ihres Vertrauens** mit einer Erbschaft oder einem Legat bedenken möchten.
- Als gemeinnützig anerkannte Organisation bezahlt Public Eye **keine Erbschaftssteuern**. Legate und Erbschaften zugunsten von Public Eye können daher zu 100 % für unsere Projekte eingesetzt werden.

💡 **Gut zu wissen:**

- Unser Vertrauensanwalt bietet allen, die Public Eye in ihrem Testament berücksichtigen möchten, eine **kostenlose erste Beratung** an. Bitte nehmen Sie dafür mit uns Kontakt auf.

Kontakt und weitere Infos

Auf unserer Website finden Sie weiterführende Infos zum Thema, häufig gestellte Fragen sowie den Link zum Testamentgenerator von DeinAdieu: publiceye.ch/testament

Anita Weber
Projektfinanzierung
und Nachlässe

T +41 44 277 79 11
anita.weber@publiceye.ch





HSBC Schweiz wegen Geldwäscheworfen im Visier der Justiz

Die Justizbehörden der Schweiz und Frankreichs ermitteln wegen Geldwäschereivorwürfen gegen die HSBC Private Bank (Suisse). Die Untersuchungen stünden im Zusammenhang mit zwei «historischen» Bankbeziehungen, schrieb die britische Grossbank HSBC gemäss einer Meldung der Agentur Bloomberg im Juli in ihrem Halbjahresbericht. Über zehn Jahre lang verwahrte die Genfer Bank die Gelder von Riad Salameh – dem ehemaligen Gouverneur der Zentralbank des Libanon (BDL) von 1993 bis 2023 – und seinem Bruder Raja Salameh. Gegen die zwei Männer wird in rund zehn Ländern ermittelt. Sie stehen im Verdacht, Hunderte Millionen US-Dollar zum Nachteil der BDL unterschlagen zu haben (siehe Public Eye Magazin Nr. 50 vom November 2024).

Das Schweizer Verfahren gegen die HSBC Private Bank (Suisse) ist die logische Fortsetzung des Verfahrens gegen die Brüder Salameh. Es richtet sich zusätzlich gegen eine nicht namentlich genannte «natürliche Person» und vier weitere «unbekannte Personen».

Public Eye recherchiert seit mehreren Jahren zu den Verbindungen zwischen dem ehemaligen Gouverneur und der Schweizer Bank. Im März dieses Jahres haben wir anhand von bisher unveröffentlichten Gerichtsdokumenten aufgedeckt, dass die Genfer Bank alle Warnungen ignoriert und den Fall erst im August 2020 der Schweizer Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) gemeldet hatte.

28 000 Unterschriften für den Schweizer Modedfonds gesammelt

Die Petition von Public Eye für langlebige Kleider statt Wegwerfmode hat seit ihrer Lancierung Anfang Mai viel Zuspruch erhalten. Bis Ende August haben 28 000 Menschen unterschrieben und den Bundesrat aufgefordert, gegen Fast Fashion aktiv zu werden und den Schweizer Modedfonds einzuführen. Modeunternehmen, die Wegwerfmode verkaufen, sollen sich an den sozialen und ökologischen Folgekosten ihres Geschäftsmodells beteiligen. Die Sammelfrist läuft bis zum 21. September.

Im Juni reichte Nationalrätin Sophie Michaud Gigon (Grüne/VD) bereits eine Motion zur Einführung einer ähnlichen Massnahme ein. Zwar anerkennt der Bundesrat die Notwendigkeit einer nachhaltigeren Produktion und eines nachhaltigeren Konsums. Doch er hat die Motion Michaud Gigon abgelehnt und sieht «aktuell keinen Handlungsbedarf». Stattdessen setzt er auf freiwillige Initiativen der Unternehmen. Diese greifen jedoch viel zu kurz und sind allzu oft Greenwashing.

Zusammen mit zwölf weiteren Organisationen aus der Zivilgesellschaft – von der Gewerkschaft Unia über den Konsumentenschutz bis zu Fashion Revolution Switzerland – hat Public Eye am 3. September vor dem Bundeshaus 5 Tonnen Altkleider abgeladen. Die Aktion zeigte Parlament und Bundesrat die Dringlichkeit ehrgeiziger Massnahmen gegen die verantwortungslose Fast-Fashion-Industrie auf.

Der aktuelle Podcast:

Ausgebeutet bei Nestlés Kaffeelieferanten

Bitterer Kaffee: Zwei Erntearbeiter in Brasilien wurden auf einer Farm in Nestlés Lieferkette unter sklaverei-ähnlichen Bedingungen festgehalten. Keine Betten, keine Duschen, kein sauberes Wasser: Auf einer abgelegenen Kaffeeplantage mussten sie praktisch ohne Lohn unter unmenschlichen Umständen schuften. Sie wurden derart bedroht, dass sie sogar um ihr Leben fürchteten. Und das alles für Kaffee, der als sozial und ökologisch «nachhaltig» verkauft wurde.

Carla Hoinkes, Landwirtschaftsexpertin bei Public Eye, erzählt Moderator Nico Meier, wie es zur exklusiven Recherche mit Repórter Brasil kam – und welche eindringliche Nachricht die beiden Arbeiter an uns Konsumierende richten. ■



Sehen Sie den Podcast zur modernen Sklaverei:
peye.link/nkaffee



Wir müssen reden
Public Eye spricht Klartext

Der Podcast zur Konzerninitiative



Wir müssen reden Public Eye spricht Klartext

Verfügbar auf:



Hören Sie rein:

publiceye.ch/kvi-podcast



Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Diererstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0)44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch
Spendenkonto: IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4



publiceye.ch

Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye

[publiceye_ch](https://www.youtube.com/publiceye_ch) [@PublicEye](https://www.instagram.com/PublicEye) [@publiceye.ch](https://www.facebook.com/publiceye.ch) [@publiceye_ch](https://www.linkedin.com/company/publiceye_ch) [@publiceye.ch](https://www.tiktok.com/@publiceye.ch)